

EIN SICHT EN



Monitoring: Die extreme Rechte, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus in Baden-Württemberg im Blick

Impressum

Fachstelle mobirex

Monitoring | Bildung | Information

zur extremen Rechten, Gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus

c/o Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung
Baden-Württemberg e.V.

Postanschrift:
Haeberlinstraße 1-3
70563 Stuttgart
E-Mail: mobirex@lago-bw.de
www.mobirex.de

Herausgeber: Hannes König (Geschäftsführer, V.i.S.d.P.)

Redaktion: Andreas Hässler, Heval Demirdögen, Alexander Kleiß, Arbnora Kasrati,
Len Schmid

Lektorat: Anna Hunger

Design: Yves Findling – Bureau of Art & Design, yvesfindling.de

Druck: Druckerei Jauch GmbH, Stuttgart

Redaktionsschluss: 12.08.2024

Bildnachweis: Titelbild: [deepblue4you](https://www.instagram.com/deepblue4you), Lukas Görlach (S. 8), Fachstelle mobirex/ LAGO e.V. (S. 11, S. 27, S. 29), Anna Baum/ [wikimedia/ Creative Commons 1.0](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anna_Baum.jpg) (S. 17), Telegram, 29.07.2024 (S. 18), Timo Büchner (S. 21), Hohenloher Tagblatt (S. 23), Recherche Nordwürttemberg (S. 24), Martin Sigmund (S. 30), privat (S. 36), Thomas Witzgall (S. 15, S. 39), Ruby Morgan Voigt (S. 43), [picture_alliance/Anadolu/Halil Sagirkaya](https://www.picturealliance.com/) (S. 49), Beltz Verlag (S. 54)

Ausgabe 04/2024

Die Fachstelle mobirex unterstützt ehren- und hauptamtlich Engagierte für Demokratie und Menschenrechte mit Informationen, Monitoring und Bildungsformaten zu den Themen extreme Rechte, daran angrenzende Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. Trägerin der Fachstelle ist die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO). mobirex ist Teil des Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg unterstützt Akteur*innen, die sich in Baden-Württemberg für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen Rechts-extremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (z.B. Rassismus oder Antisemitismus) und weitere Formen der Demokratiefeindlichkeit engagieren. Als Kooperationsverbund verschiedener landesweit tätiger Fachstellen bietet das Demokratiezentrum Bildungsangebote und Beratung. Die Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus, die Beratung von Betroffenen rechter Gewalt und die Distanzierungsberatung im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus sind wichtige Bausteine, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die Beratung und die Angebote sind kostenlos. Sie richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und Altersstufen. Weitere Informationen finden Sie unter: www.demokratiezentrum-bw.de.

Die Fachstelle mobirex und das Demokratiezentrum Baden-Württemberg werden finanziert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat, und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Titelbild: [deepblue4you](https://www.instagram.com/deepblue4you)

EIN SICHT EN

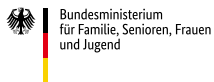
mobirex ist eine Fachstelle im

DEMOKRAZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Gefördert durch



und



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Trägerin



Inhalt

01 **Einleitung in die Ausgabe**
Arbnora Kastrati
S. 06

02 **Licht ins Dunkel bringen**
Fachstelle mobirex
S. 08

03 **Im Fokus: Die extreme Rechte und ihr Umfeld in Baden-Württemberg**
Andreas Hässler
S. 14

04 **„Immobilien sind Rückzugsorte“**
Andreas Hässler im Interview mit Timo Büchner
S. 20

05 **Zehn Jahre Protest gegen sexuelle Vielfalt**
Len Schmid
S. 26

06 **Von der Pandemie ins Kaiserreich**
Andreas Hässler
S. 34

07	Mit Forschung und Dokumentation die Demokratie resilienter machen Ulrike Schnellbach im Interview mit Anton Maegerle und Dr. Rolf Frankenberger	10	In eigener Sache
S. 42		S. 57	
08	DAVA: eine konservativ-nationalistische Lobbyorganisation? Erol Ünal/ Heval Demirdögen	11	Glossar
S. 47		S. 58	
09	Mehr als gute Ratschläge – Perspektiven für die Weiterentwicklung der Mobilen Beratung Arbnora Kastrati	12	Kontaktadressen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg
S. 53		S. 62	

01 | Einleitung in die Ausgabe

Arbnora Kastrati

ist Bildungsreferentin und Redakteurin in der Fachstelle mobirex.



Die mit diesem Pfeil gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar auf den Seiten 58–61 erklärt.

Liebe Leser*innen,

die Beiträge für diese Ausgabe des Fachmagazins EINSICHT|EN sind im Superwahljahr 2024 entstanden. Zur Europawahl, zu den Kommunalwahlen in acht Bundesländern und den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen wurde allerorts an den urdemokratischen Akt des Wählens erinnert. Und damit auch daran, dass jede*r Verantwortung für die Demokratie trägt. Das Jahr 2024 war geprägt von dem Appell, ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit zu setzen und aktiv für die Demokratie einzustehen.

Demokratisches Engagement braucht Informationen. Diese Erkenntnis war für die Fachstelle mobirex im Demokratiezentrum Baden-Württemberg der Grundstein für die Neuausrichtung als Recherche- und Informationsstelle. Seit drei Jahren

beobachten, erfassen und analysieren wir systematisch extrem rechte[→] und menschenfeindliche Aktivitäten und Strukturen in Baden-Württemberg. Wir orientieren uns an den Standards für das Monitoring Mobiler Beratungsteams in Deutschland. Unsere Arbeit wird ergänzt durch den regelmäßigen Austausch mit Expert*innen und Engagierten. All das bildet die Basis für unsere Veröffentlichungen, darunter bisher drei EINSICHT|EN-Ausgaben, aber auch für Vorträge, Workshops und die Beantwortung von Anfragen. Mit unseren Informationen und Einschätzungen unterstützen wir Menschen und Institutionen, die mit Erscheinungsformen der extremen Rechten, mit Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[→] oder Antifeminismus[→] konfrontiert sind.

In dieser Ausgabe stellen wir das Monitoring, das Fundament unserer Arbeit, vor. Wir erläutern, was wir erfassen, welchen Mehrwert es hat und mit welchen Herausforderungen unsere Arbeit verbunden ist. In den Beiträgen bilden wir die aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg ab, die wir aus unserem Monitoring ableiten. Wir widmen uns Themen, die wir im Rahmen unseres Monitorings beobachten und denen wir große Relevanz beimessen. Andreas Hässler beschreibt die Entwicklung der extremen Rechten in Baden-Württemberg. Zu Wort kommen fach- und szenekundige Expert*innen mit denen wir im Austausch stehen, wie Anton Maegerle von der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe und Dr. Rolf Frankenberger, Geschäftsführer des Instituts für Rechtsextremismusforschung an der Uni Tübingen.

Der Beitrag von Len Schmid zu aktuellen antifeministischen Kämpfen in Baden-Württemberg

zeigt, wie wichtig kontinuierliches Monitoring für die Einordnung aktueller Aktivitäten und Diskurse ist. Durch den Rückgriff auf bestehendes Wissen können lange Entwicklungslinien sichtbar gemacht und in einen größeren Kontext gestellt werden.

Dieses Wissen ist für die Prävention und Intervention zentral. Das zeigt das Interview mit dem Journalisten Timo Büchner zur Bedeutung einer Immobilie im Landkreis Schwäbisch Hall, die extrem Rechten gehört. Büchner berichtet, wie das Haus zum Knotenpunkt der Szene in Süddeutschland wurde. Aber auch von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen das, was in der Immobilie und um sie herum passiert. Gerade neuere Entwicklungen, wie die Gründung der Wählervereinigung DAVA, über die Erol Ünal und Heval Demirdöğen schreiben, erfordern ein tiefgehendes Hintergrundwissen. Auch das Wissen über „altbekannte“ Phänomene muss fortlaufend aktualisiert und Engagierte informiert werden über neue Aktionsformen und Bündnisse, wie sie sich etwa bei den „Reichsbürger*innen“[→] zeigen, siehe den Beitrag von Andreas Hässler.

Da sich diese EINSICHT|EN-Ausgabe der Auseinandersetzung mit dem Monitoring widmet, schließen wir sie mit einem Blick in die Zukunft ab. Die Rezension einer der neuesten Fachpublikationen zum Thema befasst sich mit der Weiterentwicklung der Mobilen Beratung.

Wir wünschen Ihnen neue Erkenntnisse und wertvolle Impulse für Ihre Arbeit.

Will nūr mal
nach dem~~n~~
Rechten
sehen



02 | Licht ins Dunkel bringen

Wo tritt das (extrem) rechte Spektrum in Baden-Württemberg in Erscheinung? Welche Aktionsformen gibt es? Und wie entwickelt sich die Szene? Die Fachstelle mobirex beobachtet und erfasst systematisch mit ihrem Monitoring Aktivitäten der (extremen) Rechten. Dies dient auch dazu Präventionsmaßnahmen abzuleiten.

Die Fachstelle mobirex

im Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet für ehren- und hauptamtlich Engagierte Informationen, Vorträge und Analysen zur extremen Rechten, zu daran angrenzenden Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und zu Antifeminismus. mobirex betreibt zu diesen Themen ein Monitoring von Aktivitäten und Entwicklungen und veröffentlicht Fachpublikationen.

www.mobirex.de

Flyer verteilende Neonazis[→] am Bodensee, queerfeindliche[→] Übergriffe in Heidelberg oder rechts-esoterische Seminare im Schwarzwald: Auch im Südwesten sind Akteur*innen unterwegs, deren Weltbilder von extrem rechten[→], antifeministischen[→] oder anderen menschenfeindlichen Einstellungen geprägt sind. Die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, darauf zu reagieren, gestalten sich unterschiedlich, je nach Organisation, deren strategischem Vorgehen und ihrer regionalen Einbettung. Ein Monitoring, also die systematische Beobachtung und Erfassung von Vorfällen und Entwicklungen, kann eine Grundlage für die Bildung von Gegenstrategien sein und demokratiegefährdende Strukturen vor Ort sichtbar machen.

Was ist Monitoring?

Mit dem Monitoring nimmt mobirex Aktionsformen, Organisationen und Vorfälle aus dem Bereich der extremen Rechten, des Antifeminismus und angrenzender Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[→] in den Blick. Der Fokus liegt auf dem Geschehen in Baden-Württemberg. Um herauszuarbeiten, was zwischen Ortenau und Ostalb, zwischen Bodensee und Taubermündung geschieht, benötigt es viele Informationsquellen. Die Auswertung von Presse- und Polizeiberichten, von zivilgesellschaftlichen und fachjournalistischen Veröffentlichungen sowie von parlamentarischen Anfragen sind die Grundlage. Eigene Recherchen, zum Beispiel auf Demonstrationen, ergänzen diese. Wertvolle Informationen bieten außerdem die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus beim Generallandesarchiv Karlsruhe oder antifaschistische Archive bundesweit.

Das Monitoring der Fachstelle mobirex erfasst auch Aktivitäten, die unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen. Angehörige des extrem rechten Spektrums wissen oft, was gerade noch unter Meinungsfreiheit fällt und auf einen Flyer gedruckt oder in einer Rede gesagt werden kann. Der Zugang zum Themenfeld reicht über die eng definierte und gelegentlich anders wertende Perspektive von Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden hinaus.

Monitoring bedeutet nicht nur das Erfassen von Ereignissen. Für eine angemessene Einschätzung der Lage im Südwesten ist es wichtig, den gesellschaftlichen Kontext und bundesweite Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Einstellungsforschung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit[→] bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen (vgl. Decker et al. 2022). Zu rassistischen[→], antisemitischen[→], queerfeindlichen oder klassistischen[→] Aussagen finden

sich teils hohe Zustimmungswerte, die einen Resonanzraum für extrem rechte Akteur*innen darstellen können (vgl. Mokros/Zick 2023). In der Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten treffen beispielsweise rassistische Haltungen auf extrem rechte Akteur*innen, die den Protest radikalieren und ihren Einfluss ausbauen wollen. Kontinuierliches Monitoring kann diese Dynamik aufdecken.

Ein Ziel des Monitorings besteht darin, ein möglichst breites Bild von extrem rechten und antifeministischen Aktivitäten und deren Anknüpfungspunkten in der Mitte der Gesellschaft zu erhalten.

Eine Herausforderung ist das Monitoring im bislang kaum erfassten Feld der extremen Rechten mit ideologischen Wurzeln im Ausland. Ein Beispiel ist die türkische „Ülkücü“-Bewegung[→], die mit mehr als 2.750 Anhänger*innen (vgl. *Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2024, S. 169*) zu den größten extrem rechten Szenen in Baden-Württemberg zählt. Sprachbarrieren machen den Zugang zu Informationen schwierig. Überschneidungen mit islamistischen[→] Milieus erschweren die Einordnung des Phänomens.



Bei einer Demonstration der „Querdenken“-Bewegung am 3. Oktober 2020 in Konstanz verteilte das extrem rechte Magazin „Compact“ Ausgaben.
Foto: Fachstelle mobirex/ IAGO e.V.

Antifeminismus ist ein weiteres Bindeglied zwischen der extremen Rechten und breiteren Bevölkerungskreisen. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 beschreibt ihn als „eine wichtige Grundlage rechter Mobilisierungsstrategien und eine Brückenideologie (speziell in rechtskonservative Teile der Gesellschaft hinein)“ (*Kalkstein et al. 2022, S. 264*).

Die Einordnung von Aktivitäten ist oft schwierig. Die Szene von Pandemie-leugner*innen, die während der Coro-

napandemie entstand, trat in Schattierungen auf. Ihre anfangs eher antiautoritäre und gering ausgebildete rassistische Haltung erlaubte in Baden-Württemberg zunächst keine einfache Verortung der gesamten Szene im (extrem) rechten Spektrum, obwohl es mehrere Überschneidungspunkte gab (*vgl. Nachtwey et al. 2020 und Hässler 2021*). Als Konsequenz erfolgte ein differenziertes Monitoring dieses Protestmilieus. Mit der Zeit verfestigten sich bei den Mitgliedern der „Querdenken“-Szene verschwörungsideologisches → –

und damit im Kern antisemitisches Gedankengut – sowie die Verbindungen in extrem rechte oder antifeministische Kreise. In digitalen Kanälen und auf Demonstrationen zeigten sich immer häufiger flüchtlings- und queerfeindliche Positionen.

Ein Instrument zur Strategieentwicklung

Für die Entwicklung von Präventions- und Handlungsstrategien braucht es fundiertes Wissen. Ein kontinuierliches Monitoring zu regionalen rechten Szenen ist deshalb eine Grundvoraussetzung mobiler Beratungsarbeit (vgl. *Bringt/Klare 2019, S. 42 f.*). Im Austausch mit Berater*innen gegen Rechtsextremismus und politischen Bildner*innen, in Vorträgen oder auf Social Media wird auf Entwicklungen aufmerksam gemacht.

Von den gewonnenen Erkenntnissen profitieren nicht nur Engagierte vor Ort. Monitoring- und Beratungsstellen lernen vom Wissen derjenigen, die im Alltag mit der (extremen) Rechten konfrontiert sind. Zudem erleichtern Kooperationen die Arbeit – wie zwischen der Beratungsstelle Leuchttlinie für Betroffene rechter Gewalt und mobirex. In der Beratung von Betroffenen rechter Gewalt stellt das Monitoring von Vorfällen eine wichtige Voraussetzung dar, um proaktiv auf Betroffene zuzugehen (vgl. *Hässler 2016*).

Herausforderungen

Die Leistungsfähigkeit eines Monitorings hängt entscheidend davon ab, welche personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Bei einem großen Bundesland wie Baden-Württemberg mit seinen zahlreichen (extrem) rechten Szenen kann ein zivilgesellschaftliches Monitoring nur annähernd erfassen, was vor Ort passiert.

Ein Ziel des Monitorings besteht darin, ein möglichst breites Bild von extrem rechten und antifeministischen Aktivitäten und deren Anknüpfungspunkten in der Mitte der Gesellschaft zu erhalten. Dabei bleibt jedoch ein großes Dunkelfeld. Das hat mehrere Gründe: Neben begrenzten personellen und materiellen Ressourcen spielt auch eine Rolle, worüber öffentlich berichtet wird. Nicht jedes hingeschmierte

Hakenkreuz findet Eingang in die Berichterstattung. Uneinigkeit gibt es häufig bei der Einordnung von Gruppierungen, die nicht klar dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden, etwa bei „Reichsbürger*innen“ (vgl. *Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2024, S. 88 ff.*). Sie in die Kategorie „Sonstige“ einzuordnen ist kritisch, weil damit der politische Hintergrund ihrer Aktivitäten verschwimmt (vgl. *Litschko 2023*).

Auch bei rechter Gewalt bleibt der politische Hintergrund oft unerkannt oder unbenannt. Zudem kann es sein, dass Betroffene rechter Gewalt aus Angst vor den Folgen auf die Veröffentlichung eines Vorfalls oder auf eine Anzeige verzichten.

**Unersetzlich bleibt eine
wache Zivilgesellschaft, die auf
Probleme vor Ort aufmerksam
macht und so eine demokratische
Alltagskultur stärkt.**

Extrem rechte oder antifeministische Szenen sind teilweise darum bemüht, ihr Handeln vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Aktivitäten, die im Verborgenen stattfinden, zu monitoren bedeutet einen wesentlich höheren Aufwand. Unübersichtlich sind außerdem die Aktivitäten im digitalen Raum, für deren Erfassung es zusätzliche technische Mittel braucht. Organisationen wie CeMAS oder die „Bundesarbeitsgemeinschaft Gegen Hass im Netz“ haben sich darauf spezialisiert und geben mit ihren Analysen einen Einblick in rechtsgerichtete Onlinesphären¹.

Eine wache Zivilgesellschaft ist unersetzlich

Aus bestimmten Stadt- und Landkreisen gibt es mehr Meldungen als aus anderen. Das muss nicht bedeuten, dass sich in diesen Regionen mehr Vorfälle ereignen. Es kann auch ein Hinweis darauf sein, dass die lokale Presse, die Zivilgesellschaft und die Polizei sensibler für das Thema sind und Probleme offener kommunizieren. Einen wichtigen Beitrag leisten Watchblogs² wie „Tübingen Rechtsaußen“ oder Bündnisse wie „Aufstehen gegen Rassismus“ aus Offenburg. Um regionale Lücken im Monitoring zu schließen, braucht es eine Vernetzung von Initiativen und Organisationen, die das rechte Spektrum im Blick behalten. Informationsangebote können einen Beitrag dazu leisten, lokale (extrem) rechte Strukturen zu erkennen und zu benennen. Eine wissenschaftlich begleitete Weiterentwicklung des Monitorings, wie es das neu gegründete Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen anstrebt, kann helfen, mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Unersetzlich bleibt eine wache Zivilgesellschaft, die auf Probleme vor Ort aufmerksam macht und so eine demokratische Alltagskultur stärkt.

¹ Das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) ist unter <https://cemas.io/> zu erreichen. Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Gegen Hass im Netz“ ist unter <https://bag-gegen-hass.net/> zu erreichen.

² Bei einem Watchblog handelt es sich um einen Internetblog, der sich kritisch mit einem bestimmten Thema auseinandersetzt. Watchblogs machen auf themenspezifische Entwicklungen und Akteure*innen aufmerksam und verfolgen das Ziel der Aufklärung.

Literatur

Bringt, Friedemann; Klare, Heiko (2019): Mobile Beratung als Gemeinwesenarbeit. In: Reiner Becker und Sophie Schmitt (Hgg.): *Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen.* Frankfurt/Main. S. 39-58.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Schuler, Julia; Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler (Hgg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen. S. 31-90.

Hässler, Andreas (2016): Auf Verdachtsfälle aktiv zugehen. In: Heval Demirdögen (Hg.): *Leuchttlinie. Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Baden-Württemberg.* 2016. Wirkungsbericht. Stuttgart. S. 10-11.

Hässler, Andreas (2021): „Querdenken711“ – (K)Ein Anschluss unter dieser Nummer? In: Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Hg.): *Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg. Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2020.* Sersheim. S.20-27. Online verfügbar unter <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/zusammenleben-in-der-migrationsgesellschaft/antidemokratische-vorfaelle-2020>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Kalkstein, Fiona; Pickel, Gert; Niendorf, Johanna; Höcker, Charlotte; Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler (Hgg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen. S. 245-270.

Litschko, Konrad (2023): Blinde Polizei-Statistik. Reichsbürger nicht zu fassen. Taz online, 10.03.2023. Online verfügbar unter <https://taz.de/Blinde-Polizei-Statistik!/5920806/>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hg., 2024): Verfassungsschutzbericht 2023. Stuttgart. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E-1675609796/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht%20Baden-WW%C3%BCrtemberg%202023.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Mokros, Nico; Zick, Andreas (2023): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: dies. und Beate Küpper (Hgg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.* Bonn. S. 149-184.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung 17.12.2020. Universität Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 06.08.2024.

03

Im Fokus: Die extreme Rechte und ihr Umfeld in Baden-Württemberg

Das extrem rechte Spektrum und die daran angrenzenden Strömungen treten in Baden-Württemberg vielfältig auf. Einblicke in Aktivitäten und Entwicklungen der Szene liefert das Monitoring der Fachstelle mobirex.

Andreas Hässler

ist Bildungsreferent und Redakteur in der Fachstelle mobirex.

¹ Bei der „Schutzstaffel“ (SS) handelte es sich um eine Organisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) um Adolf Hitler, die maßgeblich den Holocaust und weitere Völkermorde plante und durchführte sowie Kriegsverbrechen begang.

Die AfD erhielt bei der Europawahl am 9. Juni 2024 Baden-Württemberg 14,7 Prozent der Stimmen. Damit blieb sie zwar deutlich unter ihren Rekord-Umfrageergebnissen von 20 Prozent aus dem September 2023 (vgl. Pfahlbusch 2023), lag aber fast fünf Prozent höher als bei der Europawahl 2019. SS-verharmlosende¹ Äußerungen ihres Spitzenkandidaten Maximilian Krahe sowie Vorwürfe der Spionage und Bestechlichkeit (vgl. Gschoßmann 2024) schreckten ihre Wähler*innen offenbar nicht ab. Auch bei der parallel stattfindenden Kommunalwahl erzielte die Partei Gewinne. So konnte sie die Zahl ihrer Kreistagsmandate

von 150 (2019) auf 320 (2024) mehr als verdoppeln. Damit hat die AfD künftig in Kreistagen mehr Einfluss auf Debatten über Sozial- und Jugendhilfe, Klimaschutz und das Gesundheitswesen.

Stimmengewinne auf dem Land

Die Partei profitierte vor allem von der Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung mit der Migrationspolitik und der Arbeit der Bundesregierung. Auch eine Art Dauerwahlkampf der AfD in Baden-Württemberg dürfte zu diesen Zuwächsen beigetragen haben. Seit dem Frühjahr 2023, also lange vor den Wahlen, verstärkte sie ihre Präsenz

mit Infoständen und Vortragsveranstaltungen. Im Juni 2023 war die AfD beispielsweise mit einem Infostand auf der „Südwest Messe“ in Villingen-Schwenningen vertreten – als einzige Partei. Die „Südwest Messe“ wurde von 66.000 Menschen besucht. Zudem organisierte sie auch im ländlichen Raum, beispielsweise in Osterburken (Neckar-Odenwald-Kreis) oder Bad Dürkheim (Schwarzwald-Baar-Kreis), Vortragsveranstaltungen mit ihren Abgeordneten.

Dass diese Strategie auf Resonanz stößt, zeigt eine Analyse der Wahlergebnisse der Europawahl in Baden-Württemberg durch das Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität

Eine Woche nach einem tödlichen Messerangriff eines mutmaßlichen Islamisten und kurz vor der Europa- und Kommunalwahl demonstrierte die AfD in Mannheim. Tausende Gegendemonstrant*innen verurteilten die Instrumentalisierung der Gewalttat für den Wahlkampf.

Foto: Thomas Witzgall



Tübingen. Die AfD legte demnach vor allem in ländlich geprägten Regionen zu. In den Universitätsstädten konnte sich „Bündnis 90/Die Grünen“ trotz Verlusten behaupten. Die Forscher*innen sehen in den Wahlergebnissen einen Anhaltspunkt dafür, dass sich die gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Wähler*innen in der Stadt und auf dem Land verstärkt (vgl. *Institut für Rechts-extremismusforschung 2024*). Nach einer Analyse der Politikwissenschaftler Marc Debus und Julius Kölzer legte die AfD in Regionen zu, in denen es wenige Akademiker*innen, aber eine hohe Zahl an Arbeitslosen gibt. Zudem verweisen die Forscher darauf, dass die AfD dort besser abschneide, wo die Partei „Die Republikaner“ in den 1990er-Jahren überdurchschnittlich hohe Zustimmung erhielt (vgl. *Koenigsdorff 2024*).

Neurechte nehmen „jeden Lebensbereich“ ins Visier

Ein weiterer Faktor, der zum Erfolg der AfD an der Wahlurne beiträgt, ist das Umfeld der Partei. Hier sind verschiedene Organisationen aktiv, die für sich genommen nur wenig erfolgreich sind. Im Zusammenspiel mit der AfD tragen sie aber dazu bei, Diskurse, etwa über Geflüchtete oder die Klimakrise, nach rechts zu verschieben. Zu diesen Organisationen zählt zum Beispiel die neurechte Scheingewerkschaft „Zentrum“ (früher: „Zentrum Automobil“), die mit einer populistischen Strategie

versucht, extrem rechte Inhalte in Betrieben, beispielsweise im Mercedes-Benz-Werk in Untertürkheim, zu verankern (vgl. *Halbe/Westerkamp 2024*). Der in Stuttgart ansässige Verein sieht sich als Teil eines größeren Ganzen.

Menschen, die sich heute zur aktiven „Querdenken“-Szene zählen, sind häufig für extrem rechtes Gedankengut offen.

So sprach der Vorsitzende von „Zentrum“, Oliver Hilburger, bei einer Veranstaltung der „Querdenken“-Szene in Hohenstadt (Landkreis Göppingen) davon, dass man „das Mosaik erkennen“ solle. Es sei „einfach alles notwendig“, man müsse „jeden Lebensbereich des gesamten Lebens“ erreichen (vgl. *Freie Presse Süddeutschland 2023*). Als Beispiele nannte Hilburger Betriebe, Landwirtschaft und Fußballvereine als Agitationsfeld. Mit dem Begriff des Mosaiks verwendet Hilburger ein Bild, welches das neurechte Spektrum von den Linken abgeschaut hat, um das strategische Zusammenspiel von Partei, außerparlamentarischer Bewegung und Subkulturen zu beschreiben (vgl. *Kellershohn 2022*).

Flüchtlingsfeindliche Verschwörungsgläubige

Ein Milieu, das sich seit der Coronapandemie zunehmend nach rechts bewegt, ist das der Pandemieleugner*innen. 2020, zu Beginn der Pandemie, galten sie trotz einer ausgeprägten Verschwörungsmentalität weder als auffallend rassistisch noch als besonders anfällig für die Leugnung des Klimawandels (vgl. *Nachtwey et al. 2020, S. 53 f.*).



Ein Teilnehmer der Bauernproteste am 21. Dezember 2023 in Stuttgart.

Foto: Anna Baum/ wikimedia/ Creative Commons 1.0

Das hat sich geändert. Menschen, die sich heute zur aktiven „Querdenken“-Szene zählen, sind häufig für extrem rechtes Gedankengut offen. Auf Telegramkanälen der Pandemielegner*innen werden zahlreiche flüchtlingsfeindliche Beiträge gepostet. Teile des „Querdenken“-Spektrums demonstrieren mittlerweile, wie beispielsweise im Oktober 2023 in Albstadt-Ebingen (Zollernalbkreis), gegen die Unterbringung von Geflüchteten (vgl. Weiss 2023). Querfeindliche Narrative[→] sind in der Szene verbreitet (siehe den Beitrag von Len Schmid in dieser Ausgabe). Außerdem wird die Klimakrise als Panikmache dargestellt. Die Themen der Pandemielegner*innen haben sich so verschoben, dass die AfD in diesem Milieu Fuß fassen kann.

Einflussnahme auf Bauernproteste

Als um den Jahreswechsel von 2023/2024 deutschlandweit Bauern gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung protestierten, sahen „Querdenker*innen“ die Möglichkeit, ihr Ziel im Schulterschluss mit den Landwirt*innen umsetzen zu können: den Sturz der Bundesregierung. Mit Beiträgen auf Telegram versuchten sie den Protest zu radikalisieren. Parallelen zum Bauernkrieg von 1524 bis 1526 wurden gezogen. In Biberach eskalierte der Protest am Rande des politischen Aschermittwochs von „Bündnis 90/Die Grünen“. Ein Mob aus Landwirt*innen, „Querdenker*innen“ und extrem Rechten suchte die Konfrontation – zum Leidwesen der Grünen, die ihre Veranstal-



Die Neonazipartei „Die Heimat“ berichtete im Juli 2024 auf ihrem Social Media-Kanal von einem Treffen mit ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ im Raum Reutlingen.
Screenshot: Telegram, 29.07.2024

tung absagen mussten, und jenen Landwirt*innen, die ihrem Anliegen laut und bestimmt, aber ohne verschwörungsideologische oder extrem rechte Untertöne Gehör verschaffen wollten (vgl. Roth 2024).

Neonazis im Kampf gegen die Bedeutungslosigkeit

Die Neonazi-Szene in Baden-Württemberg ist zersplittert und hat wenig politische Bedeutung. Das gilt sowohl für parteiunabhängige Neonazis als auch für die drei in Baden-Württemberg aktiven Parteien „Der III. Weg“, die in „Die Heimat“ umbenannte frühere „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und – seit März 2024 – eine Abspaltung der „Heimat“, die wieder unter dem Label NPD auftritt.

Die seit Jahren anhaltende Bedeutungslosigkeit versucht die Neonazi-Szene durch eine verstärkte Werbung um Jugendliche zu beenden. „Der III. Weg“ beispielsweise sucht mit seiner Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ den Kontakt zu den wenigen organisierten jungen Neonazis, um gemeinsame Aktionen durchzuführen. So beteiligte sich die Partei zusammen mit der Gruppe „Pforzheim Revolte“ Ende Februar 2023 an einem Videodreh für das extrem rechte Musiklabel „Neuer Deutscher Standard“ in Pforzheim. Im Musikvideo traten die Beteiligten als „Süddeutsche Krieger“ auf. Auch bei anderen Aktionen inszeniert sich „Der III. Weg“ in seinen Berichten als aktivistische Gemeinschaft. Mit „Kampfansagen“ an den politischen Gegner versucht die Kleinstpartei Stärke zu demonstrieren und wirbt mit Kampfsportangeboten gezielt um junge Männer – ein Trend, der in der extremen Rechten aktuell weit verbreitet ist.

Militante Neonazi-Cliquen

Seit März 2024 setzen Neonazis zudem verstärkt darauf, ihre organisatorische Schwäche mit dem Aufbau sogenannter Active Clubs zu überwinden. Dabei handelt es sich um eine Organisationsform, die von militanten Rassisten in den USA abgeschaut wurde. Was zunächst wie ein Fitness-Treff erscheint, entpuppt sich als Zusammenkunft von Nationalisten^{*} und Faschisten, die sich für gemeinsame Aktivitäten wie (Kampf-) Sporttraining, Sprühereien, Sticker- und Banneraktionen in Cliquen zusammenschließen. Das Ziel ist es nicht nur, eine extrem rechte Gegenkultur auf die Straße zu bringen, sondern sie auch mit Gewalt durchsetzen zu können. Dabei betonen sie die Bedeutung professioneller Vermarktung in digitalen Netzwerken und empfehlen zugleich ein heimliches Agieren.

Literatur

Freie Presse Süddeutschland (2023): Hohenstadt 24.06.2023 Oliver Hilburger Gewerkschaft Zentrum. Video, 24.06.2023. Online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=IUw_BDhRpQ, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Gschoßmann, Christoph (2024): Russischer Agent in den Bundestag eingeschleust. AfD-Spionageaffäre um Krahn und Bystron weitet sich aus. Frankfurter Rundschau online, 27.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/bystron-bundestag-europawahl-afd-spionage-affaere-krahn-zr-93091279.html>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Halbe, Jonas; Westerkamp, Joscha (2024): Zentrum Automobil. Rechter Draht in den Betriebsrat. Zeit online, 19.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/zentrum-gewerkschaft-betriebsraete-rechtsextremismus>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Institut für Rechtsextremismusforschung (2024): Baden-Württemberg hat gewählt – ein Blick auf die Ergebnisse der AfD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Homepage der Universität Tübingen, 11.06.2024. Online verfügbar unter <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/rechtsextremismusforschung/aktuell/baden-wuerttemberg-hat-gewaehlt-ein-blick-auf-die-ergebnisse-der-afd-bei-den-wahlen-zum-europaeischen-parlament/>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Bereits kurz nach der Eröffnung des deutschlandweiten Telegramkanals wurden das Logo des „Württemberg Active Clubs“ und ein Video aus dem „Raum Freiburg“ verbreitet, mit denen für diese Organisationsform geworben wird. Inwiefern dieser Versuch, militante rechte Cliquen zu organisieren, sich etablieren wird, ist offen. Die Bundesregierung bewertet das Gefahrenpotenzial von „Active Clubs“ als „potentiell erheblich“ (vgl. Renner 2024)

Kellershohn, Helmut (2022): Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, 22.11.2022. Online verfügbar unter <https://www.diss-duisburg.de/2022/11/die-partei-und-ihr-vorfeld-das-konzept-der-mosaik-rechten/>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung. 17.12.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Pfahlbusch, Susanne (2023): Repräsentative Umfrage BW-Trend September 2023. Sonntagsfrage Landtagswahl. CDU zieht davon, AfD nur noch knapp hinter Grünen. SWR Aktuell Baden-Württemberg online, 28.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-trend/umfrage-sonntagsfrage-landtagswahl-2023-september-afd-fluechtlinge-100.html>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Renner, Martina (2024): Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage der Abgeordneten Martina Renner vom 10. Juni 2024. Arbeits-Nr. 6/112. Homepage, o.D. Online verfügbar unter <https://gleft.de/5Ec>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Roth, Alexander (2024): Eskalation in Biberach. Bauernprotest oder „rechter Mob“? Eine Spurensuche. Zeitungsverlag Waiblingen online, 22.02.2024. Online verfügbar unter https://www.zvw.de/baden-w%C3%BCrttemberg/eskalation-in-biberach-bauernprotest-oder-rechter-mob-eine-spurensuche_arid-776572, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Weiss, Rena (2023): Demonstration in Albstadt. 800 Menschen gegen die Flüchtlingsunterkunft in der Kreissporthalle. Südwest Presse online, 22.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.swp.de/lokales/albstadt/demonstration-in-albstadt-800-menschen-gegen-die-fluechtlingsunterkunft-in-der-kreissporthalle-72047173.html>, zuletzt geprüft 09.08.2024.

INTERVIEW:

04

„Immobilien sind Rückzugsorte“

von **Andreas Hässler**

Der Journalist Timo Büchner recherchiert seit mehreren Jahren zu einer Immobilie in Kirchberg/Jagst-Herboldshausen im Landkreis Schwäbisch Hall. Das Haus ist ein Knotenpunkt der extremen Rechten in Baden-Württemberg. Ein Interview über die Bedeutung der Immobilie und darüber, was vor Ort geschieht. Im Haus, aber auch gegen das Haus.

Timo Büchner

studierte Politikwissenschaft und Jüdische Studien in Heidelberg. Er recherchiert seit einigen Jahren zur extremen Rechten in Baden-Württemberg und hat die Broschüre „Nur nette Nachbarn? Der ‚Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.‘ in Hohenlohe“ veröffentlicht.

Andreas Hässler

ist Bildungsreferent und Redakteur in der Fachstelle mobirex.

Das „Jugendheim Hohenlohe“, ein altes Fachwerkhaus in Herboldshausen, ist eine Immobilie des „Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff)“. Was steckt hinter dem Namen des Vereins?

Man könnte meinen, der Verein ist christlich. Doch der Eindruck täuscht. Das Gegenteil ist der Fall. Der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)“, kurz BfG, ist antichristlich und antijüdisch. Er predigt die Ideologie Mathilde Ludendorffs. In der



An einer Veranstaltung des „Ludendorff“-Netzwerks im „Jugendheim Hohenlohe“ nahmen im Mai 2022 rund zwei Dutzend Kinder teil.

Foto: Timo Büchner

Weimarer Republik war die Frau eine Leitfigur der völkischen Bewegung[→]. Eine Antisemitin[→] und Fanatikerin. Nicht nur in der Weimarer Republik, auch im Nationalsozialismus durfte sie ihre Ideologie verbreiten. Die Ludendorffsche Ideologie ist eine Rassenideologie[→]. Einerseits gibt es da „Lichtrassen“, Deutsche mit der Fähigkeit zum Gotterleben. Andererseits „Schattenrassen“, das sind Jüdinnen und Juden, ohne Fähigkeit zur Gotterkenntnis. Es heißt, Christinnen und Christen seien die „Kampfscharen Judas“. Mathilde Ludendorff veröffentlichte 1939, nach den antisemitischen Novemberpogromen, ein Buch mit dem Titel „Die Judenmacht, ihr Wesen und

Ende“. Das Buch macht deutlich, wie sehr sie den Judenhass des NS-Systems unterstützt hat. Sogar befeuert hat.

Warum betreibt der BfG ausgerechnet in Herboldshausen eine Immobilie?

Der BfG besitzt die Immobilie seit mehr als 50 Jahren. Gunther Duda, ein Arzt aus dem Raum München, kaufte das alte Fachwerkhäuschen in den frühen 1970er-Jahren. Kaum hatte Duda, der damals der BfG-Vorsitzende war, die Immobilie erworben, fan-

den erste Veranstaltungen statt. Die Lage der Immobilie hat, aus Sicht der Völkischen[→], gleich mehrere Vorteile. Herboldshausen ist ein abgelegener Weiler, er besteht im Wesentlichen aus zwei, drei Bauernhöfen. Die Völkischen, die gerne im Verborgenen agieren, haben ihre Ruhe. Trotz seiner Abgeschiedenheit ist der Weiler bestens an den Fernverkehr angebunden. Wer in Herboldshausen ist, hört das Rauschen der Autobahn. Finden Veranstaltungen im Haus statt, reisen Autos aus dem gesamten Bundesgebiet an, teils sogar aus Österreich und der Schweiz. So ist die Anbindung an die A6 Heilbronn-Nürnberg ein klarer Standortvorteil.

Wie bist Du auf die Immobilie aufmerksam geworden?

Mitte der 1980er-Jahre machte Harald Zigan, ein Lokaljournalist des „Hohenloher Tagblatts“, die Hintergründe der Immobilie publik. Seitdem ist bekannt, dass der BfG das Haus nutzt, um völkische Treffen abzuhalten. Das sind Erntedankfeste, Sonnwendfeiern, Herbstkulturtagungen stets mit der antisemitischen und rassistischen Ideologie Mathilde Ludendorffs verknüpft. So finden Vorträge zur Ludendorffschen Ideologie im Rahmen der Treffen statt. Männer und Frauen tragen Tracht, oftmals auch die Kinder. Die Veranstaltungen sind exklusiv. Das bedeutet: Recht selten sind Personen, die kein Teil des „Ludendorff“-Netzwerks sind, anwesend. Bis heute sind derartige Treffen in der Immobilie zu beobachten.

Das Haus wird als „Jugendheim“ bezeichnet. Was hat das mit Jugendlichen zu tun?

Gerade in den Anfangsjahren, als die Immobilie in den Besitz der extremen Rechten kam, fanden immer wieder Zeltlager für Kinder und Jugendliche

statt. Der „Arbeitskreis für Lebenskunde“, ein Verein im „Ludendorff“-Netzwerk, organisierte die Lager. Bis heute ist der Verein aktiv und sieht sich der Aufgabe verpflichtet, die Ideologie Mathilde Ludendorffs an den Nachwuchs, an die Kleinsten der völkischen Familien, weiterzutragen.

Finden nur Veranstaltungen des BfG in der Immobilie statt?

Der BfG ist, ganz klar, rechtsextrem[→]. So ist es keine Überraschung, dass andere Organisationen der extremen Rechten die Immobilie nutzen dürfen, um Veranstaltungen durchzuführen. Im Sommer 2020 fand ich heraus, dass die „Jungen Nationalisten“ die Immobilie nutzten, um einen „Gemeinschaftstag“ durchzuführen. Die „Jungen Nationalisten“ sind die Jugendorganisation der Neonazi-Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD). Der BfG betont stets, er lehne den Nationalsozialismus ab. Nun wurde bekannt, dass er seine Immobilie der militanten Neonazi-Szene[→] zur Verfügung stellt. Das macht deutlich, wes Geistes Kind der rechtsextreme Verein ist. Das Bündnis mit Neonazis hat System. So tagten die „Identitäre Bewegung“ mit Unterstützung der „Jungen Tat“, einer Neonazi-Kameradschaft aus der Schweiz, im Haus. Auch der „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“ und Mitglieder der inzwischen verbotenen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft weisensgemäßer Lebensgestaltung“ waren hier. Immer wieder erlebe ich, dass zwischen dem BfG und „den Rechtsextremen“ unterschieden wird. Doch ich möchte betonen: Auch der BfG und seine Ideologie sind rechtsextrem. Dass sie allerlei Organisationen der extremen Rechten ins Haus lassen, zeigt, wie stark der BfG vernetzt ist.



Unter dem Motto „Für Herboldshausen, aber ohne Rechtsaußen“ fand im Juni 2022 eine Kundgebung gegen die Ludendorfer statt. Foto: Hohenlöher Tagblatt



Weitere Informationen zum „Bund für Gotterkenntnis“ und zur Immobilie in Herboldshausen bietet die Broschüre „Nur nette Nachbarn?“

Der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. in Hohenlohe“, die 2022 von Timo Büchner herausgegeben wurde.

Die Broschüre kann unter:

<https://www.kirchbergerbuendnis.de/herboldshausen/> kostenlos heruntergeladen werden.

Cover: Recherche Nordwürttemberg

Welche Bedeutung haben Immobilien wie das „Jugendheim Hohenlohe“ für die extreme Rechte?

Am liebsten agieren Neonazis und Völkische im Geheimen. Sie wollen ungestört sein, scheuen in aller Regel die Öffentlichkeit. Eigene Immobilien sind Rückzugsorte, dort findet Austausch und Vernetzung statt. Dort werden Pläne geschmiedet und hetzerische Ideologien gestreut. Eine Immobilie wie das „Jugendheim Hohenlohe“, die Eigentum der extremen Rechten ist, hat klare Vorteile gegenüber angemieteten Räumlichkeiten. Ich denke an die Räumlichkeiten der „Identitären Bewegung“ in Ulm. Die Neonazis hatten welche in der Innenstadt angemietet. Als die Anmietung durch antifaschistische Recherchen bekannt wurde, folgte die Kündigung. Das kann den Völkischen in Herboldshausen nicht passieren.

Was macht eine rechtsextreme Immobilie mit den Menschen vor Ort?

In Herboldshausen war lange Zeit zu beobachten, dass ein Nachbarsbauer das Treiben im und um das Haus unterstützte. Er leistete eine Art Hausmeisterdienst und stellte den Völkischen seine Wiese zur Verfügung. Das zeigt, dass rechtsextreme Strukturen durchaus lokal unterstützt werden. Diese Unterstützung darf nicht unterschätzt werden, denn so können Neonazis und Völkische auf lokale Ressourcen zurückgreifen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die akute Bedrohungslage vor Ort. Eine Person, die mit ihrem Auto an der Immobilie vorbeifuhr, wurde tödlich angegriffen. Offenbar versucht die extreme Rechte, Menschen mit derartigen Attacken einzuschüchtern.

Welche Handlungsoptionen hat die Zivilgesellschaft im Umgang mit rechtsextremen Immobilien?

Das, was in der Stadt Kirchberg/Jagst seit Bekanntwerden der rechtsextremen Umtriebe zu beobachten ist, führt die Handlungsoptionen, die eine demokratische Zivilgesellschaft hat, vor Augen. Engagierte Menschen haben das „Kirchberger Bündnis“ ins Leben gerufen. Die Unterstützung ist groß: Dutzende Vereine und Einzelpersonen unterstützen das Anliegen des Bündnisses, die Umtriebe im „Jugendheim Hohenlohe“ stoppen zu wollen.

Was unternimmt das Bündnis konkret? Und wie reagieren die Völkischen darauf?

Mit seiner Arbeit und Präsenz macht das Bündnis auf die Umtriebe aufmerksam. Es übt Druck aus und signalisiert: Wir dulden die Neonazis und Völkischen nicht. Wir wollen sie nicht und wehren uns!



Die Fachstelle mobirex bietet:

- Informationen und Einschätzungen
- Vorträge und
- Kontakte zu Angeboten politischer Bildung und Beratung

im Themenfeld extreme Rechte, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus in Baden-Württemberg.

Sprechen Sie uns gerne an!

✉ mobirex@lago-bw.de

☎ 0711 – 89 69 15-23

Weitere Informationen zu unserer Arbeit finden Sie auf www.mobirex.de

Unterstützen Sie unser Monitoring!

Beobachten Sie extrem rechte Aktivitäten, Schmierereien, Flugblätter oder Sticker in Ihrem Umfeld? Wir freuen uns über Hinweise für unser Monitoring unter Angabe nachvollziehbarer Quellen an unsere E-Mail-Adresse.



05

Zehn Jahre Protest gegen sexuelle Vielfalt

Antifeministische Akteur*innen lehnen sexuelle, geschlechtliche und reproduktive Selbstbestimmung rigoros ab. Mit den Aktionen der „Demo für alle“ nahm das Thema 2014 Fahrt auf. Heute bietet es Anknüpfungspunkte für die AfD, Abtreibungsgegner*innen und Verschwörungsideolog*innen. Die Fachstelle mobirex legt in ihrem Monitoring deshalb großen Wert auf die Erfassung antifeministischer Vorfälle.

Len Schmid

ist Bildungsreferent*in und Redakteur*in in der Fachstelle mobirex und für den Themenschwerpunkt Antifeminismus zuständig.

Rund 12.000 Menschen unterzeichneten seit Mai 2023 die Petition „Kein Queer -Aktionstag an Schulen in Baden-Württemberg“ auf der rechtskonservativen Plattform „Citizengo“ (Stand August 2024). Die Initiator*innen dieser Petition warnen vor einer vermeintlichen „Queer Propaganda“, die Kultusministerin Theresa Schopper gemeinsam mit einer nicht näher definierten „Queer-Lobby“ an Schulen im Land bringen wolle. Eltern hätten dann „keine Chance mehr“, ihre Kinder „von sexuell aufgelade-



Kinder!
**vor Gender-
Indoktrination
schützen!**



www.dsm

D4

Teilnehmende einer queerfeindlichen Demonstration behaupten, Kinder würden durch die Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt „indoktriniert“.
Foto: Fachstelle mobirex/ LAGO e.V.

nen Subkulturen“ fernzuhalten. Laut den Verfasser*innen würde diese vermeintliche „Propaganda den ersten Schritt darstellen“, um „Zugang zu den Kindern“ zu bekommen und ihnen gegenüber „Dinge als normal darzustellen, die absolut nicht normal sind“ (vgl. *Citizengo 2023*).¹

Die Petition steht exemplarisch für eine Neuaufgabe von Kämpfen gegen sexuelle Bildung und geschlechtliche Selbstbestimmung. Die Argumentation ist bekannt. Dass die angebliche Gefährdung des Kindeswohls in den Fokus antifeministischer[→] Bewegungen gerückt wird, ist bereits 2014 und in den Jahren danach bei den Protesten der „Demo für alle“ zu beobachten gewesen. Damals formierte sich Widerstand gegen die Verankerung der Akzeptanz sexueller Vielfalt in baden-württembergischen Lehrplänen. Die Demonstrationen vereinten Akteur*innen aus verschiedenen antifeministischen, (extrem) rechten[→] und konservativen Spektren (vgl. *Teidelbaum 2016*). Protestiert wurde unter anderem gegen eine angebliche „Frühsexualisierung“, die durch sexuelle Bildung an Schulen stattfinden würde.

Seit 2016 ist die Aufklärung über die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten fester Teil des Bildungsplans (vgl. *GEW Baden-Württemberg 2017, S. 5*). Die damals verbreiteten Falschinformationen zu den Inhalten sexueller Bildung halten sich allerdings nach wie vor und bilden das Fundament neuer antifeministischer Narrative.

Die Chiffre ‚Kind‘

Im Fokus der Proteste stand und steht das vermeintlich gefährdete Kindeswohl. Die Soziologin Imke Schmincke schreibt, dass es sich beim Verweis auf das schützenswerte Kind häufig um eine Art Chiffre handle. So können Kinder in den Fokus poli-

tischer Debatten gerückt werden und fungieren als eine Art „politischer Waffe“ (vgl. *Schmincke 2016, S. 4*).

Heute, zehn Jahre später, finden keine „Demos für alle“ mehr statt. Die Organisation um die rechtskonservative Aktivistin Hedwig von Beverfoerde besteht jedoch weiterhin (vgl. *DemoFürAlle 2024a*). Die Aktionsformen sind vielseitig und reichen von Petitionen über Symposien bis zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

Antifeminismus im Kontext sexueller Bildung

Antifeminismus ist eine Ideologie, die sich gegen Gleichstellungserfolge und -bestrebungen richtet und auf der Vorstellung einer vermeintlich natürlichen oder gottgegebenen Geschlechterordnung basiert. Obwohl antifeministische Bewegungen verschiedene Ziele verfolgen und unterschiedliche thematische Schwerpunkte haben, zeichnet sich Antifeminismus immer auch durch Queerfeindlichkeit[→] aus. Alle organisierten antifeministischen Akteur*innen eint die Ablehnung sexueller, reproduktiver und/oder geschlechtlicher Selbstbestimmung. Beispielhaft war das bei den Protesten gegen eine Kinderbuchlesung von Drag-Künstler*innen² in der Stadtbibliothek München-Bogenhausen im Juni 2023 zu sehen (vgl. *Krattiger/Hub 2023*). Im Rahmen der deutschlandweit bislang breitesten rechten Mobilisierung gegen eine solche Veranstaltung meldeten neben der AfD auch Abtreibungsgegner*innen und Personen aus dem pandemieleugnenden und verschwörungsideologischen[→] Spektrum Kundgebungen an. Auch eine feministische Aktionsgruppe demonstrierte und mobilisierte auf X (ehemals Twitter) unter dem Hashtag #stoptransingkids. Der Hashtag soll nahelegen, dass Kinder durch sexuelle Bildung oder auch Lesungen von Drag-Künstler*innen „trans gemacht“ werden könnten. Auch in Ludwigsburg wurde im



Protestplakat der sogenannten Demo für alle, welches sich gegen eine angebliche Frühsexualisierung richtet.

Foto: Fachstelle mobirex/ LAGO e.V.

Herbst 2023 gegen die Kinderbuchlesung einer Drag-Künstler*in protestiert (vgl. Roth 2023). Die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ meldete eine Kundgebung unter dem Titel „Stoppt den Woke-Wahnsinn“ an. Im Ankündigungstext schrieb Reimond Hoffmann, damals Schriftführer im AfD-Landesverband Baden-Württemberg: „Nein zur Sexualisierung von kleinen Kindern, Nein zur Geschlechterverwirrung von Jungs und Mädels [...]“ (Hoffmann 2023).

1 Die Petition verzeichnet ein Update vom 2. Juni 2023, nachdem der Aktions-Tag, es handelte sich um den jährlichen „Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie“, abgesagt worden sei. Das stimmt nicht, laut Kultusministerium Baden-Württemberg fand der Tag wie geplant statt. Das Ministerium weist auf Anfrage darauf hin, dass „die Belange queerer Personen an unseren Schulen sehr ernst“ genommen würden (Persönliche Kommunikation, 10. Juli 2024).

2 Drag bezeichnet Menschen, die durch oft sehr aufwendiges Styling geschlechtliche Stereotype künstlerisch überzeichnen und meist zu Show-Zwecken darstellen.

Proteste gegen Drag-Lesungen stehen für eine wachsende Welle an Queerfeindlichkeit, die sich insbesondere durch Transfeindlichkeit auszeichnet. Besonders deutlich wird sie bei den Mobilisierungen gegen das Selbstbestimmungsgesetz. Das im August 2024 in Kraft getretene Selbstbestimmungsgesetz löst das in weiten Teilen verfassungswidrige Transsexuellengesetz ab und wird von einem Spektrum vehement abgelehnt, welches von Konservativen bis zur (extrem) Rechten reicht. Nach dem Selbstbestimmungsgesetz können volljährige trans Personen ihren Vornamen und Geschlechtseintrag nach einer dreimonatigen Wartezeit beim Standesamt mit einer einfachen Erklärung ändern. Medizinische Maßnahmen wie Geschlechtsangleichungen sind vom Selbstbestimmungsgesetz weiterhin unberührt, auch wenn von Antifeminist*innen häufig etwas anderes behauptet wird. On- und offline fin-



den sich zahlreiche Falschinformationen zum neuen Gesetz. Die Initiative „Demo für alle“ warnt beispielsweise in einem Flyer davor, dass durch das Selbstbestimmungsgesetz eine „Gender-Ideologie“ radikal verwirklicht werden würde und ruft dazu auf, „Kinder vor dem Transhype zu schützen“ (**Demo für alle o.J.**).

„Transhype“ und „Queer-Ideologie“ als Neuauflage

Auch der Bezug auf einen vermeintlichen „Transhype“ stellt eine Art Neuauflage der Mobilisierungen gegen sexuelle Bildung einerseits und gegen die Verankerung von Rechten für Menschen aus der LSBTIAQ*-Community[→] andererseits dar. Aktuell gibt es eine Vielzahl transfeindlicher Narrative. Im Fokus der Erzählungen steht wieder das schützenswerte Kind. Eine beliebte Behauptung: Medien könnten Kinder indoktrinieren. Ein Beispiel dafür sind die Vorwürfe, die die „Sendung mit der Maus“ traf, weil diese einen Bericht über eine trans Frau ausstrahlte. Der Publizist Julian Reichelt sprach 2022 auf X sogar von einer „ideologisch-sexualisierte[n] Früherziehung mit Zwangsgebühren“ (**Reichelt 2022**).

Hinter der vermeintlichen sozialen Ansteckung oder der angeblichen Indoktrination wird häufig eine geheime Lobby vermutet, die von diesem „Hype“ profitieren würde. Was vor zehn Jahren überwiegend als „Homolobby“ bezeichnet wurde, wird inzwischen „Trans-“ oder „Queerlobby“ genannt. In manchen transfeindlichen Tweets, Posts und Artikeln wird behauptet, diese Lobby versuche, Kinder den Kliniken für „Transgendermedizin“ zuzuführen. Profitieren würde dann die „Pharmalobby“. Die „Demo für alle“ teilte im Februar 2024 beispielsweise ein Sharepic und einen Text, in dem „das Geschäft mit dem Trans-Hype“ als „Gelddruck-

maschine“ bezeichnet wurde. Weiter heißt es im Telegram-Post dazu: „Hinter der Trend-Diagnose hat sich eine ganze Industrie aus skrupellosen Ärzten und Pharma-Profiteuren gesammelt. Das Prinzip: Profit um jeden Preis“ (**DemoFürAlle 2024b**). Diese und ähnliche Aussagen legen nahe, dass es bei der medizinischen Versorgung von trans Personen lediglich darum gehen würde, mit ihnen Geld zu verdienen.

Neue Bündnisse, alte Feindbilder

Die Vorstellung einer allmächtigen Pharmalobby reiht sich in eine Vielzahl an antifeministischen Verschwörungserzählungen ein. So spricht dieses Narrativ auch Personen aus einem verschwörungs-ideologischen und/oder pandemieleugnenden Spektrum an. Hier wird erneut deutlich, welche Rolle die „Chiffre Kind“ und allgemein Antifeminismus als Motiv spielt, sich zusammenzuschließen. Inzwischen finden sich in einschlägigen pandemieleugnenden Telegramkanälen regelmäßig Posts über einen vermeintlichen „Transhype“ oder eine angebliche „Frühsexualisierung“. Die Organisation „Eltern stehen auf“ war beim „Demo für alle“-Symposium im Juli 2023 in Hanau mit einem Informationsstand vertreten. Ihre Anwesenheit begründeten sie auf dem Messengerdienst Telegram:

*„Nicht alle, die dem Gendern kritisch gegenüber stehen, haben die Lügen bezüglich Corona und Impfstoffen schon komplett durchschaut. Daher haben wir von ElternStehenAuf auf dem Symposium einen Infostand aufgebaut und mit den Besuchern über die Aufarbeitung des Corona-Unrechts diskutiert.“ [sic!] (**Infokanal ElternStehenAuf 2023**).*

Bei verschwörungsideologischen, antifeministischen Mobilisierungen spielt die Feindschaft gegenüber der „World Health Organisation“ (WHO) eine bedeutende Rolle. Vor allem pandemielegende Akteur*innen sehen die WHO seit Beginn der Coronapandemie als Bedrohung. Auf dem Telegramkanal von „Eltern stehen auf Baden-Württemberg“ wurde Ende 2023 ein Beitrag geteilt, in dem es heißt, „die geplante Machtergreifung durch die WHO wird von weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht als Problem erkannt.“ (**ElternStehenAuf Baden-Württemberg 2023**). Auch hier wird das Feindbild WHO weiter in Richtung vermeintliche „Frühsexualisierung“ ausgebaut: Während die Plattform „Citizengo“ aktuell in einer Petition vor neuen Leitlinien zur medizinischen Versorgung von trans Personen warnt, weil die WHO damit „ideologische Spielchen auf Kosten verwirrter, junger Menschen“ spielen würde (**vgl. Citizengo 2024**), konzentrieren sich andere Akteur*innen auf die Standards für Sexuaufklärung der WHO. Diese erschienen bereits 2011, sind in mindestens 14 Sprachen frei zugänglich und stellen keine verpflichtenden Leitlinien dar.

Keine guten Aussichten

Die Mobilisierungen gegen sexuelle Bildung, aktualisiert und neu aufgelegt, ist nach wie vor ein wichtiger Bestandteil des Antifeminismus. Antifeminismus ist eine sehr weit verbreitete Ideologie (**vgl. Simon 2023**). Sie wird insbesondere durch die Transfeindlichkeit modernisiert. Zudem bestehen seit der Pandemie neue Bündnisse. Schließlich findet die Bezugnahme auf das vermeintlich gefährdete Kindeswohl emotionale Anknüpfungspunkte bei verschiedenen Personengruppen.

Antifeminist*innen haben in den vergangenen zehn Jahren vielfältige Zugänge geschaffen, um die eigenen Anliegen in die breite Bevölkerung zu tra-

gen. Angesichts dessen wachsen die Sorgen innerhalb der LSBTIAQ*-Community, die Angriffe auf ihre Mitglieder nehmen zu. Und sie werden massiver (**vgl. Leuchtlinie 2024**). 2023 wurden laut Angaben des Bundesinnenministeriums 2.353 Straftaten im Zusammenhang mit sexueller Orientierung und geschlechtsbezogener Diversität gemeldet. Das sind fast 1.000 mehr, als im Jahr davor (**vgl. Bundeskriminalamt 2024**).

Literatur

Bundeskriminalamt (2024): Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand. Online verfügbar unter https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Citizenzo (2023): Kein Queer-Aktionstag an Schulen in Baden-Württemberg. Online verfügbar unter <https://citizenzo.org/de/fm/210898-kein-queer-aktionstag-an-schulen-in-baden-w%C3%BCrttemberg>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Citizenzo (2024): Stoppt die Trans-Pläne der UN. Online verfügbar unter <https://citizenzo.org/de/ot/212912-stoppt-die-trans-pl%C3%A4ne-der-un->, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Demo für alle (o.J.): Kinderfalle Trans-Hype. Jetzt aktiv werden! [Flyer].

DemoFürAlle (2024a): 10 JAHRE DemoFürAlle für Ehe, Familie und Kinder. YouTube, 20.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=ZXcNkb64hY0>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

DemoFürAlle (2024b): Eintrag auf Telegram, 17.04.2024. Online verfügbar unter <https://t.me/demofueralle/1501>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

ElternStehenAuf Baden-Württemberg (2023): Eintrag auf Telegram, 31.12.2023. Online verfügbar unter <https://t.me/ElternStehenAufBaden-Wuerttemberg/37801>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

GEW Baden-Württemberg (2017): Lesbisch, schwul, trans, hetero ... Lebensweisen als Thema für die Schule. AK Lesbenpolitik im Vorstandsbereich Frauenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg. Stuttgart. Online verfügbar unter <https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=29158&token=9e7e9e-2e4f34d7503273658e3a9a234477321f96&sdownload=0n=171201-GEW-Lesbisch-schwul-trans-hetero-Lebensweisen-als-Thema-fuer-die-Schule.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2024

Hoffmann, Reimond (2023): Eintrag auf Telegram, 20.10.2023. Online verfügbar unter <https://t.me/reimondhoffmannafd/544>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Infokanal ElternStehenAuf (2023): Eintrag auf Telegram, 02.07.2023. Online verfügbar unter https://t.me/eltern_stehen_auf/5384, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Krattinger, Jan; Hub, Ralph (2023): Nach rechtem Störversuch bei Drag-queen-Lesung. Das sagt Vicky Voyage. Abendzeitung München online, 14.06.2023. Online verfügbar unter <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/nach-rechtem-stoerversuch-bei-dragqueen-lesung-das-sagt-vicky-voyage-art-907944>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Leuchtlinie (2024): Hintergrundpapier zur rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalt in Baden-Württemberg 2023. Online verfügbar unter <https://www.leuchtlinie.de/wp-content/uploads/2024/04/Download-Hintergrundpapier-der-Jahresstatistik-2023.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Reichelt, Julian (2022): Eintrag auf X/Twitter, 27.03.2022. Online verfügbar unter <https://twitter.com/jreichelt/status/1508007978905047041>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Roth, Alexander (2023): Ludwigsburg. AfD hetzt gegen Kinderbuch-Lesung mit Drag-Queen. Zeitungsverlag Waiblingen online, 18.10.2023. Online verfügbar unter https://www.zvw.de/stuttgart-region/ludwigsburg-afd-hetzt-gegen-kinderbuch-lesung-mit-drag-queen_arid-721516, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Schmincke, Imke (2016): „Besorgte Eltern“ und „Demo für alle“ – das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen. Input zu einem Panel vom 31.05.2016. Gunda-Werner-Institut, 29.07.2016. Online verfügbar unter https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/input_besorgte_eltern_schmincke.pdf, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Simon, Mara (2023): Wie misst man Antifeminismus? Gunda-Werner-Institut, 18.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.gwi-boell.de/de/2023/10/30/wie-misst-man-antifeminismus>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Teidelbaum, Lucius (2016): Eine „Demo für alle“ gegen die „Genderideologie“. Hagalil, 01.03.2016. Online verfügbar unter <https://www.hagalil.com/2016/03/demo-fuer-alle-2/>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

06 | Von der Pandemie ins Kaiserreich

Seit Beginn der Coronapandemie ist die Zahl der „Reichsbürger*innen“ in Baden-Württemberg deutlich gestiegen. Neue Protesterfahrungen und Netzwerke erweitern die Handlungsmöglichkeiten der Szene. Zudem steigt die Gewaltbereitschaft in Teilen des reichsideologischen Spektrums.

Andreas Hässler

ist Bildungsreferent und Redakteur in der
Fachstelle mobirex.

Corona. Ausnahmezustand. In Baden-Württemberg breiten sich ab Mitte April 2020 unter dem Label „Querdenken“ verschwörungsideologisch geprägte Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen aus. Schon früh beteiligen sich daran sogenannte Reichsbürger*innen. Bei der Großdemonstration von „Querdenken 711“ auf dem Cannstatter Wasen am 9. Mai 2020 in Stuttgart sind mit Kreide die Worte „Friedensvertrag“ und „Souveränität“ auf den Boden gemalt, zwei zentrale Schlagworte der reichsideologischen Szene.

Protagonisten der baden-württembergischen „Querdenken“-Proteste, wie deren Gründer Michael Ballweg oder Stephan Bergmann, der frühere Pressesprecher der Bewegung, verbreiteten damals „Reichsbürger“-Narrative und hatten Berührungspunkte zur Szene (vgl. Rohwedder 2020). Sie trugen dazu bei, dass reichsideologische Inhalte innerhalb des „Querdenken“-Protests auf Akzeptanz stießen. Auch auf Telegramkanälen der Pandemieeugner*innen wurden diese Inhalte ohne großen Widerspruch geteilt.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die „Reichsbürger*innen“-Szene in Baden-

Württemberg während der Coronapandemie deutlich größer wurde. Nach Schätzungen des Landesamts für Verfassungsschutz wurden der Szene im Jahr 2019 noch 3.200 Personen zugeordnet, im Jahr 2023 waren es etwa 4.000 (vgl. Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2024, S. 91).

Diese Zahlen sind jedoch nur eine Annäherung. Die Denkfabrik CeMAS weist in einem

Report darauf hin, dass die Zahl der Follower*innen auf reichsideologischen Kanälen im Internet und die Resonanz für deren Thesen in Meinungsumfragen auf eine größere Anhängerschaft hindeuten (vgl. CeMAS 2023, S. 18).

Angetrieben worden sei die Vereinigung von einer „tiefen Ablehnung“ der Bundesrepublik Deutschland.

„Reichsbürger*innen“

„Reichsbürger*innen“ bestreiten die Souveränität und die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Ideologie fußt auf dem Glauben an eine Verschwörung einer kleinen, verborgenen Elite zum Nachteil Deutschlands und des ‚deutschen Volkes‘. Diese Verschwörungserzählung geht in der Regel mit antisemitischen Codes und Chiffren einher. Die Demokratie und ihre Repräsentant*innen werden genauso abgelehnt wie staatlichen Institutionen der Bundesrepublik. Was ihre Organisation und die Ausgestaltung der Verschwörungserzählung im Einzelnen betrifft, ist die Szene vielfältig. Manche Szeneangehörige berufen sich auf die vermeintliche Gültigkeit der Reichsverfassung von 1871 (z.B. der „Vaterländische Hilfsdienst“), während andere eigene „Reiche“ gründen (z.B. das „Königreich Deutschland“ um Peter Fitzek). Rassistische, antifeministische, esoterische und weitere verschwörungsideologische Inhalte sind häufig Teil des Weltbildes.



Im April 2024 sprühten Unbekannte in Tübingen mehrere Schriftzüge, die den bekannten Pandemieleugner und Angeklagten im Reuß-Prozess, Maximilian Eder, glorifizierten.

Foto: privat

Sowohl das Protestmilieu, das die Pandemie leugnete, als auch Reichsideolog*innen glauben an verbreitete Verschwörungserzählungen und an die Notwendigkeit, gegen eine als nicht legitim empfundene Politik und Medienberichterstattung Widerstand leisten zu müssen. Diese Gemeinsamkeiten dürften einigen Teilnehmer*innen der damaligen Demonstrationen den Weg zur Reichsideologie geebnet haben.

Verschwörungsgläubige heizen die Stimmung weiter auf

Die „Querdenken“-Proteste wurden von Beginn an von einem Widerstandsnarrativ begleitet. Basierend auf einem einfachen Freund-Feind-Schema und der Behauptung, es herrsche eine „Corona-Diktatur“, sahen sich „Querdenker*innen“ im Recht, auf unterschiedliche Weise „Widerstand“ zu leisten. Verschwörungsgläubige, auch aus dem

reichsideologischen Spektrum, versuchten mit einer aggressiven und verächtlich machenden Rhetorik, die Stimmung weiter anzuheizen, indem sie zum Beispiel zum „maximalen Widerstand“ aufriefen.

Gleich zwei schwere Straftaten von „Reichsbürgern“ sorgten 2022 für Aufsehen in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Ingo K. aus Boxberg im Main-Tauber-Kreis versuchte im April bei einer Razzia mehrere Polizisten zu erschießen

1 Der Begriff „Montagsspaziergang“ ist eine Eigenbezeichnung von Pandemieleugner*innen für unangemeldete Demonstrationen ab dem November 2021, die in der Regel an einem Montagabend stattfanden. Durch die ausbleibende Anmeldung versuchten sie, Auflagen für die Demonstrationen zu umgehen, etwa das Tragen von Masken. Der Begriff des Spaziergangs soll harmlos klingen. Zudem sollen mit dem Begriff Assoziationen zu den „Montagsdemonstration“ hervorgerufen werden, mit denen DDR-Bürger*innen im Herbst 1989 gegen die Unterdrückung durch die SED-Diktatur protestierten.

2 Im Fall von Ingo K. ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Die Generalbundesanwaltschaft und die Verteidigung haben Revision gegen das Urteil eingelegt.

(vgl. **Büchner 2023**) Manfred J., der zeitweilig an Veranstaltungen der „Reichsbürger*innen“-Gruppe „Vaterländischer Hilfsdienst“ in Südbaden teilgenommen hatte, verletzte auf dem Rückweg von einem „Montagsspaziergang“¹ mit seinem Auto einen Polizisten bei Efringen-Kirchen (Landkreis Lörrach) schwer (vgl. **Hirt 2022**). In beiden Fällen verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart die Angeklagten wegen versuchten Mordes zu mehrjährigen Haftstrafen² und erkannte an, dass die Taten aus „ideologischer Überzeugung“ geschahen.

Die reichsideologische Szene war in der Vergangenheit nicht dafür bekannt, große Demonstrationen zu organisieren. Seit dem Jahr 2023 und mit den Erfahrungen aus den Coronaprotesten hat sich das geändert.

Großrazzia gegen mutmaßliche „Reichsbürger“-Terrorgruppe

Seit April 2024 wird ein weiterer „Reichsbürger“-Fall vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht verhandelt. Auch er weist Berührungspunkte zu den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen auf: das mutmaßliche Komplott der „Patriotischen Union“ um Heinrich Reuß.

Zur Erinnerung: Am 7. Dezember 2022 fand die bislang bundesweit größte Razzia gegen die Szene statt. Circa 3.000 Polizist*innen durchsuchten in elf Bundesländern mehr als 160 Objekte und nahmen 25 Personen wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder deren Unterstützung fest. 27 weitere Personen wurden als Beschuldigte geführt. Ein Schwerpunkt der Durchsuchungen lag auf Baden-Württemberg. Allein im Südwesten wurden 38 Objekte durchsucht und acht Verdächtige festgenommen.

Die Generalbundesanwaltschaft (GBA) erklärte am selben Tag in einer Pressemitteilung, die Vereinigung habe geplant, „die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform zu ersetzen“ (**Generalbundesanwaltschaft 2022**). Die Vereinigung soll dabei Gewalt und das Töten von Menschen ein-

kalkuliert haben. Angetrieben worden sei die Vereinigung von einer „tiefen Ablehnung“ der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitglieder seien einem „Konglomerat aus Verschwörungs-

mythen bestehend aus Narrativen der sog. Reichsbürger- sowie QAnon³-Ideologie“ gefolgt (vgl. **ebd.**). Während die meisten Stimmen aus Politik und Gesellschaft daraufhin vor dem Gefahrenpotenzial der „Reichsbürger*innen“ warnten, kritisierte die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel die Razzien als überzogen und verharmloste die Anschlagpläne im Hinblick auf das teils gehobene Alter der Beteiligten als „Rollator-Putsch“ (vgl. **Preuß 2022**).

Keine harmlose Rentner-Gang

Bis zum Juni 2024 folgten weitere Hausdurchsuchungen (vgl. **Plies/Schmidt 2024**). Die Zahl der Beschuldigten ist bis heute auf 69 angestiegen. Dass es sich mitnichten um eine harmlose Rentner-Gang handelte, zeigte sich bei einer Hausdurchsuchung am 22. März 2023 in Reutlingen, bei der es zu einem Feuergefecht zwischen dem da-

mals 46-jährigen Markus L. und dem Spezialeinsatzkommando (SEK) kam. Ein Polizist erlitt durch die Schüsse des Sportschützen einen Trümmerbruch des Ellenbogens. Seiner Arbeit kann er wahrscheinlich nicht mehr nachgehen. Markus L. soll dem „Veteranen-Pool“, einem Zusammenschluss von ehemaligen Soldaten und Pandemie-leugner*innen, angehört haben. Recherchen der in Ulm erscheinenden „Südwest Presse“ zeigen ihn im Mai 2021 bei einer Anti-Impf-Kundgebung in Ofterdingen (Landkreis Tübingen) mit Barrett (vgl. **Huckert 2023**).

Gegen den ursprünglich als Zeugen geführten Markus L. wurde von der GBA im Dezember 2023 – wie bei 26 weiteren Beschuldigten – Anklage wegen Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erhoben. L. muss sich zudem wegen versuchten Mordes vor Gericht verantworten. Wegen der personellen Größe der Vereinigung wurde der Prozess auf die drei Oberlandesgerichte in München, Frankfurt am Main und Stuttgart aufgeteilt (vgl. **Generalbundesanwaltschaft 2023**).

Vom „Querdenken“-Autokorso zur „Heimatschutzkompanie“

Der Fokus des Stuttgarter Verfahrens gegen neun Mitglieder der „Patriotischen Union“ liegt vor allem auf dem „militärischen Arm“ der Vereinigung. In der Anklageverlesung skizzierte der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Michael Klemm, die mutmaßlichen Pläne der Vereinigung.

Um den Putsch auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene durchzusetzen, war der Aufbau von 286 sogenannten Heimatschutzkompanien geplant, die „Aufräumarbeiten“ und „Säuberungen“ übernehmen sollten. Maßgeblich zuständig

für den Aufbau der „Heimatschutzkompanie 221“ im Raum Freudenstadt und Tübingen soll laut Anklage Ralf S. gewesen sein. Vor seiner Verhaftung organisierte „Horbs bekanntester Querdenker“ laut „Schwarzwälder Bote“ einen Autokorso und Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen (vgl. **Lück/Beyer 2022**). Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, ab Juni 2022 neue Mitglieder für die Vereinigung rekrutiert zu haben. Mit seinen Mitangeklagten Steffen W. (Horb, Landkreis Freudenstadt) und Matthias H. (Rottenburg, Landkreis Tübingen) soll er die Horber Hohenbergkaserne als möglichen Stützpunkt ausgekundschaftet haben. Zudem soll er laut Bundesanwaltschaft mit dem Mitangeklagten Markus H. aus dem Ortenaukreis eine Verschwiegenheitserklärung formuliert haben, in der die 136 Unterzeichnenden „unter Eid die absolute und volle Verschwiegenheit“ zusicherten. Verstöße dagegen, so stand es in der Erklärung, „werden als Hochverrat angesehen und auf Hochverrat steht die Todesstrafe“.

An Waffen scheint es der Vereinigung nicht gemangelt zu haben. Bei den Durchsuchungen sind „rund 380 Schusswaffen, beinahe 350 Hieb- und Stichwaffen und fast 500 weiteren Waffen- sowie mindestens 148.000 Munitionsteilen“ beschlagnahmt worden. Zudem soll die „Patriotische Union“ über finanzielle Mittel in Höhe von 500.000 Euro verfügt haben (vgl. **Generalbundesanwaltschaft 2023**).

Anführer dieses „militärischen Arms“ soll der in Münstertal südlich von Freiburg verhaftete Ex-Soldat Rüdiger von P. sein (vgl. **ebd.**). Als mutmaßlicher Rädelsführer sitzt er in Frankfurt auf der Anklagebank, ebenso wie die im Bodenseekreis verhaftete Politikerin Johanna F.-J. Sie trat bei der Bundestagswahl 2021 als Kandidatin für die Partei „die Basis“ an, die aus den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen hervorging (vgl. **Bäuerlein 2024**).



Bei einer Demonstration der reichsideologischen Szene in Gera im April 2024 schwenken Teilnehmende die Flagge des historischen Königreichs Württemberg.
Foto: Thomas Witzgall

„Papierterrorismus“ und „stiller Protest“

„Reichsbürger*innen“ agierten in der Vergangenheit vor allem im Kleinen, indem sie mit schwarz-weiß-roten Flaggen oder Schildern ihr jeweiliges „Herrschaftsgebiet“ markierten. Oder sie verbreiteten ihre Irrlehre in Seminaren für Anhänger*innen und im Internet. Beliebte waren und sind auch Formen des „Papierterrorismus“, also das Verfassen ellenlanger Pamphlete, die vor allem an staatliche Verwaltungen und Institutionen versendet werden, um keine Steuern, Bußgelder oder Abgaben zahlen zu müssen oder um Drohungen auszusprechen.

Seit der Coronapandemie suchen „Reichsbürger*innen“ verstärkt die Öffentlichkeit. Angelehnt an den Protest gegen die Corona-Maßnahmen entlang der Bundesstraße 96 in Ostsachsen, der vermutlich im Sommer 2020 begann, versammelten sich Angehörige der Szene mit Reichsfahnen zwischen Juni 2022 und Mai 2023 an der Bundesstraße 295 im Landkreis Calw zum „stillen Protest“. Auf Bannern forderten sie zum Beispiel „Fremdverwaltung beenden“, was auf den Verschwörungsglauben anspielt, Deutschland werde von fremden Mächten beherrscht (vgl. Klormann 2022).

„Reichsbürger*innen“ streben zunehmend in die Öffentlichkeit

Die reichsideologische Szene war in der Vergangenheit nicht dafür bekannt, große Demonstrationen zu organisieren. Seit dem Jahr 2023 und mit den Erfahrungen aus den Coronaprotesten hat sich das geändert. Zu den Treffen der sogenannten 25+1 Bundesstaaten³ kommen Angehörige der reichsideologischen Szene aus der ganzen Bundesrepublik zusammen. Bisher fanden drei Tref-

fen - in Magdeburg (19. August 2023), Dresden (28. Oktober 2023) und Gera (6. April 2024) - statt, an denen zwischen 700 und 1.000 Personen teilnahmen. Die Treffen dienen vor allem der Vernetzung und dem Zusammenhalt in der stark zerstrittenen Szene. An den Aufmärschen beteiligten sich auch Gruppen aus Baden und Württemberg. Moderiert wurden die ersten beiden Treffen von einer Frau aus dem Raum Tübingen, die mit dem Namen Zora vorgestellt wurde.

In den Redebeiträgen, auf Schildern und T-Shirts der Teilnehmenden wurden Verschwörungserzählungen, antisemitische[→], rassistische[→] und queerfeindliche[→] Inhalte verbreitet (vgl. JFDA_eV 2022). Ein Redner, der bei allen drei Kundgebungen auftrat, war Matthes Haug aus dem Landkreis Rottweil. Der promovierte Physiker stellt sich als Verfassungskenner dar und verbreitet seit der Jahrtausendwende reichsideologische Inhalte. Er zählt zu den führenden Köpfen der Szene.

In seinen Reden bekennt Haug: „Mein Land, mein Staat ist das Deutsche Reich von 1871“. Er wähnt sich im „Partisanenzustand“, obwohl ihm Gewalt fernliege. Man sei rechtlos und wolle sich selbst „das Recht geben“ (vgl. Post von HaJo 2023). Weil er bei einem Treffen der Vereinigung um Heinrich Reuß einen Vortrag hielt und in dessen geplantem Schattenkabinett für Fragen des Völkerrechts vorgesehen war, ist Haug Beschuldigter im Verfahren gegen die „Patriotischen Union“. Von Umsturzplänen will er nichts gewusst haben. Doch Recherchen von SWR und RBB lassen an dieser Aussage zweifeln (vgl. Heyen/Reutter 2023).

³ Das deutsche Kaiserreich (1871-1918) umfasste 25 Bundesstaaten sowie das „Reichsland Elsaß-Lothringen“, welches – anders als die Bundesstaaten – dem Deutschen Kaiser unmittelbar unterstand.

Die Grenzen verschwimmen

Nach dem Ende der Coronapandemie sind die monothematischen „Querdenken“-Protesten weitgehend verschwunden. Dagegen versucht die reichsideologische Szene ihre Netzwerke auszubauen und greift dabei auf Erfahrungen aus der Pandemiezeit zurück. In Bruchsal (Landkreis Karlsruhe) etwa gründete sich Anfang 2024 eine neue „Wahlkommission“, die das Deutsche Kaiserreich wiederherstellen möchte. Auch hier beteiligt sich ein „Querdenken“-Organisator am Aufbau reichsideologischer Strukturen – ein weiteres Beispiel dafür, wie die Grenzen zwischen „Querdenken“- und „Reichsbürger*innen“-Spektrum verschwimmen. Gemeinsam versuchen diese Gruppierungen, Anschluss an neue Protestbewegung zu finden, wie zum Beispiel die der Landwirt*innen, und Einfluss auszuüben, der die Ablehnung der demokratischen Gesellschaft verschärft.

Literatur

Bäuerlein, Ulrike (2024): Bizarrer Vortrag des Verteidigers. Prozessauftakt gegen Johanna Findeisen kippt abends ins Grotteske. Südkurier online, 22.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/nur-sie-zieht-die-mappe-vor-das-gesicht-prinz-reuss-prozess-mit-johanna-findeisen-hat-begonnen;art417930,12036520>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Büchner, Timo (2023): Prozess gegen „Reichsbürger“ Ingo K. „Eine unglaubliche Radikalisierung“. Kontext-Wochenzeitung, 22.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/660/eine-unglaubliche-radikalisierung-9211.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

CeMAS (2023): Durch die Krise ins Reich. Postpandemische Entwicklungen von „Reichsbürgern“ und Souveränist:innen in Deutschland. Berlin, Dezember 2023. Online verfügbar unter https://cemas.io/publikationen/durch-die-krise-ins-reich/CeMAS_Durch_die_Krise_ins_Reich_Postpandemische_Entwicklungen_Souveraenismus.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Generalbundesanwaltschaft (2022): Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 52 Beschuldigten. Webseite der Generalbundesanwaltschaft, 07.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.generalbundesanwalt.de/Shared->

Docs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-07-12-2022.html?nn=1397082, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Generalbundesanwaltschaft (2023): Anklage gegen neun Personen u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens sowie versuchten Mordes vor dem OLG Stuttgart erhoben. Presseportal, 12.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14981/5670682>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Heyen, Theo; Reutter, Thomas (2023): Pläne der „Patriotischen Union“. ARD-Recherche: Blick in den inneren Kreis der „Reichsbürger“-Gruppe um Prinz Reuß. SWR Aktuell, 05.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/schattenreich-die-umsturzpläne-der-reichsbuerger-100.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Hirt, Jonas (2022): Prozess in Stuttgart. Verfahren gegen Manfred J. zeigt Verbindung von Reichsbürgern zu Corona-Protesten. Badische Zeitung online, 16.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.badische-zeitung.de/verfahren-gegen-manfred-j-zeigt-verbinding-von-reichsbuergern-zu-corona-protesten>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Huckert, Matthias (2023): Reichsbürger in Reutlingen. War der Reutlinger Schütze Markus L. Angehöriger der Bundeswehr? Südwest Presse online, 01.12.2023. Online verfügbar unter https://www.swp.de/lokales/reutlingen/reichsbuerger-in-reutlingen-war-der-reutlinger-schuetzemarkus-l-mitglied-der-bundeswehr_-72411693.html, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

JFDA_eV (2023): Beitrag auf Twitter vom 21.08.2023. Online verfügbar unter https://twitter.com/JFDA_eV/status/1693656694629237050, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Klormann, Ralf (2022): „Reichsbürger“ an B295? Demonstranten hissen Kaiserreich-Fahnen bei Simmozheim. Schwarzwälder Bote online, 28.08.2022. Online verfügbar unter <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.reichsbuerger-an-b-295-demonstranten-hissen-kaiserreich-fahnen-bei-simmozheim.ce463248-b057-4f47-b878-d19b2350081e.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Lück, Jürgen; Beyer, Timo (2022): Reichsbürger-Razzia. Nach Durchsuchung – bekannter Querdenker aus Horb verhaftet. Schwarzwälder Bote online, 07.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.reichsbuerger-razzia-nach-durchsuchung-bekannt-querdenker-aus-horb-verhaftet.746037b9-fbba-4bc3-b235-9373d5670b20.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (2024): Verfassungsschutzbericht 2023. Stuttgart. Online verfügbar unter https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/20240613_Verfassungsschutzbericht2023.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Plies, Rebekka; Schmidt, Holger (2024): Durchsuchungen gehen weiter. Razzia in der „Reichsbürger“-Szene im Landkreis Calw. SWR Aktuell Baden-Württemberg, 05.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/razzia-reichsbuerger-landkreis-calw-100.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Post von Hajo (2023): Live in Magdeburg - Treffen der 26 Bundesstaaten. YouTube Livestream, 19.08.2023. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=LgVJIgoQJHU>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Preuß, Roland (2023): Mutmaßliche Umsturzpläne. Weidel spricht von „Rollator-Putsch“. Süddeutsche Zeitung online, 13.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/reichsbuerger-afd-rollator-putsch-1.5714829?reduced=true>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Rohwedder, Wulf (2020): Treffen mit „Reichsbürgern“. „Querdenker“ im „Königreich“. Tagesschau online, 19.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/querdenken-reichsbuerger-101.html>, zuletzt geprüft am 07.08.2024.

Mit Forschung und Dokumentation die Demokratie resilienter machen

von **Ulrike Schnellbach**

Als Konsequenz aus dem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss hat das Land Baden-Württemberg zwei Institutionen zur Dokumentation und Erforschung von Rechtsextremismus eingerichtet. Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus am Generallandesarchiv in Karlsruhe nahm im Juli 2020 ihre Arbeit auf, das Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen im April 2023. Ein Interview mit Anton Maegerle von der Dokumentationsstelle und Dr. Rolf Frankenberger, Geschäftsführer des Instituts für Rechtsextremismusforschung.

Anton Maegerle

ist Journalist und recherchiert seit Jahrzehnten zum Thema Rechtsextremismus. Sein privates Archiv, die größte und bedeutendste Materialsammlung zum Thema in Deutschland, hat er 2020 der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus am Generallandesarchiv in Karlsruhe gespendet.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/-dokumentationsstelle-rechtsextremismus/73098>

Dr. Rolf Frankenberger

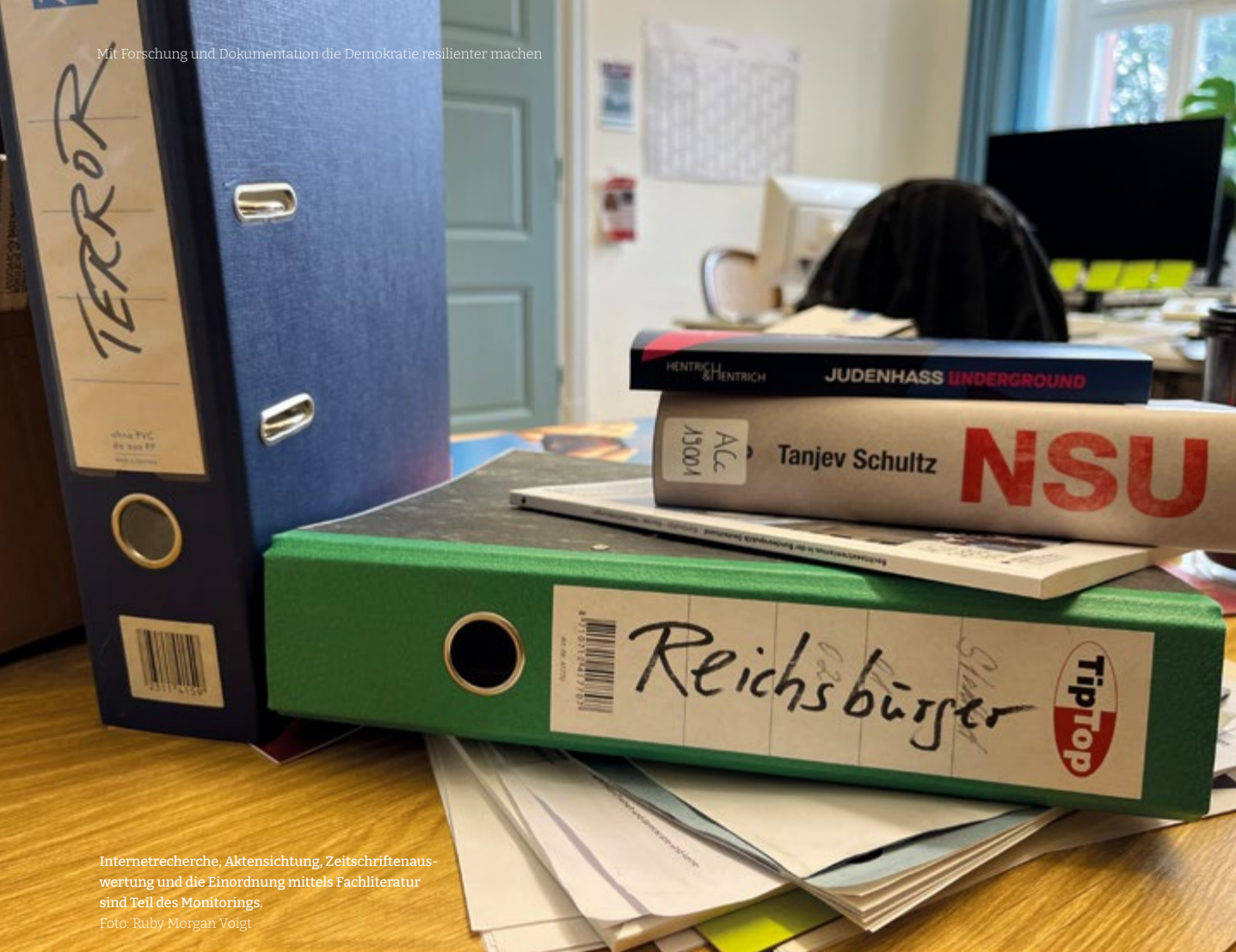
ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen.

<https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/rechtsextremismusforschung/>

Ulrike Schnellbach

ist Journalistin, Trainerin, Moderatorin und Schreibcoach. Sie beschäftigt sich seit Jahren mit der extremen Rechten und der Frage, wie Medien und Gesellschaft damit umgehen. Sie studierte Politikwissenschaft, Linguistik und Psychologie und volontierte bei der Badischen Zeitung.

www.schreib-gut.de



Internetrecherche, Aktensichtung, Zeitschriftenauswertung und die Einordnung mittels Fachliteratur sind Teil des Monitorings.

Foto: Ruby Morgan Volgt

Gleich zwei Einrichtungen mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus → – wie unterscheiden sich Ihre Aufgaben?

Maegerle: Für beide Einrichtungen sind drei Schlagworte wichtig: dokumentieren, analysieren, sensibilisieren. Wir als Dokumentationsstelle Rechtsextremismus sind vom Landtag als zivilgesellschaftliche Ergänzung zum Landesamt für Verfassungsschutz gedacht, das sein Wissen nur mit dem parlamentarischen Kontrollgremium des Landtags teilt. Hier in Karlsruhe werden meine Aktenbestände erfasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das sind ca. 2.500 Akten plus digitales Archivgut, die ich über einen Zeitraum von etwa 40 Jahren gesammelt habe. Periodika, graue Literatur, neonationalsozialistische → Untergrundliteratur. Zweiter Arbeitsschwerpunkt ist das Monitoring rechtsextremer Aktivitäten und Publikationen. Drittens erstellen wir das Journal „RECHTS.GESCHEHEN“, das vierteljährlich erscheint und sich mit Rechtsextremismus in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit und inzwischen sogar weltweit befasst. Die vierte Aufgabe sind Vortragsveranstaltungen zum Themenfeld Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und Antisemitismus →.

Frankenberger: Unsere Hauptaufgabe ist es, den Rechtsextremismus in seinen gesellschaftlichen Einbettungen wissenschaftlich zu erforschen. Wir schauen uns sowohl Ideologien als auch Akteure und Medienpräsenz der extremen Rechten an. Darüber hinaus bauen wir eine Forschungsplattform „Extreme Rechte“ auf, auf der wir anhand von georeferenzierten Daten sichtbar machen, was es an rechtsextremen Ereignissen in Deutschland und darüber hinaus und an Forschungsergebnissen dazu gibt. Georeferenziert bedeutet, dass wir Ereignisse räumlich verorten und so in Karten darstellen können.

Inwiefern ist das Forschungsinstitut der Uni Tübingen bundesweit einmalig?

Frankenberger: Wir sind das einzige universitäre Institut in Deutschland, das Rechtsextremismusforschung im Namen trägt. Wir sind ein reguläres Institut der Universität innerhalb der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Andere Stellen sind entweder Schwerpunkte einzelner Professuren oder sogenannte An-Institute, die nicht in, sondern an den Unis angesiedelt sind. Im Vergleich dazu haben wir eine bessere Absicherung.

Wie arbeiten Ihre beiden Einrichtungen zusammen?

Frankenberger: Wir profitieren enorm von dem riesigen Datenschatz, den Anton Maegerle zusammengetragen hat. Wir wollen die Arbeit der Dokumentationsstelle mit wissenschaftlichen Forschungsprojekten zu den Archivdaten unterstützen und damit zur Auswertung beitragen. Wir hoffen auch, dass wir die Beobachtungsdaten aus der Dokumentationsstelle in unsere Forschungsplattform einbauen können.

Ein Teil Ihrer Aufgabe besteht in Monitoring der extrem rechten Szene. Können Sie kurz erklären, wie Sie Monitoring verstehen und wie sich Ihre Ansätze dabei unterscheiden?

Maegerle: Wir beobachten tagtäglich, was sich im Bereich des Rechtsextremismus tut. Dazu schauen wir uns neben dem Internet, besonders Social Media, alle deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften aus dem rechten Ideologiebereich an. Manche von uns gehen auch auf entsprechende Veranstaltungen – offen oder Undercover –, um zu dokumentieren, wer dort ist und was gesagt wird.

Frankenberger: Wir sind von dem Begriff „Monitoring“ wieder ein bisschen abgekommen, weil man da runter klassisch das Beobachten von Ereignissen versteht. Auf unserer Forschungsplattform arbeiten wir mit Ergebnissen aus dem Ereignismonitoring, das Personen wie Anton Maegerle und Fachstellen wie Mobirex oder Leuchtlinie betreiben. Wir kombinieren die Ereignisdaten zum Beispiel mit Wahl- und Strukturdaten, so dass man sich das miteinander vernetzt anschauen und analysieren kann. Das heißt, wir binden die Arbeit der anderen zu dem Thema in einen größeren Kontext ein.

Wer hat wie Zugang zu Ihren Erkenntnissen?

Frankenberger: Wir wollen alles öffentlich zugänglich machen, was öffentlich zugänglich gemacht werden kann. Also alle Daten, die von uns und den anderen Beteiligten geprüft sind, so dass wir sie eindeutig nachweisen können, im Zweifel gerichtsfest. Ziel ist, dass nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit – dazu zähle ich auch die Politik und Politikberatung – darauf zugreifen kann. Wir wollen ja mit wissenschaftlichen Mitteln dazu beitragen, die Demokratie resilienter zu machen gegen Rechts. Dafür ist es wichtig, mit der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft in den Dialog zu treten.

Maegerle: Bei uns kann jeder Interessierte Akteneinsicht bekommen und wir arbeiten auch breit mit Medien zusammen.

Wo liegen die größten Herausforderungen beim Monitoring der extremen Rechten?

Frankenberger: Ein Problem ist, dass man nicht überall in der Fläche präsent sein kann. Eine weitere Herausforderung ist, dass man an viele Ereignisse nicht herankommt, um zu dokumentieren, was da passiert. Auch beim Monitoring von Social Media ist das Problem, dass vieles in geschlossenen Chatgruppen läuft und es schwierig ist, da reinzukommen – wissenschaftsethisch korrekt, versteht sich. Eine zusätzliche Schwierigkeit ist, die riesigen Mengen an Daten, die wir trotzdem in Social Media sammeln, auszuwerten. Diese Daten kann man meist nicht räumlich zuordnen, denn die wenigsten sind dort mit Klarnamen oder anderen Informationen über sich unterwegs.

Maegerle: Soziale Medien sind eine uferlose Plattform der Manipulation, und wir sind nur ansatzweise in der Lage zu erfassen, was sich da alles tut. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, wie wir dafür Künstliche Intelligenz einsetzen können.

Frankenberger: Es gibt bereits Forschungsansätze dazu, wie man Algorithmen trainiert, rechten Content zu finden. Aber Menschen wie Anton Maegerle, der die Szene unheimlich gut kennt und auch weiß, wie Inhalte rhetorisch getarnt wer-

den, sind auf absehbare Zeit unverzichtbar, auch um die KI zu trainieren.

Wie werden rechtsextreme Inhalte getarnt, Herr Maegerle?

Maegerle: Rechtsextremisten wollen weg vom Neonaziklischee und vermeiden Parolen wie „Ausländer raus“. Sie kaschieren ihre extremistische Ideologie mit scheinbar unverfänglichen Begriffen wie „Ethnopluralismus“, „Remigration“ oder der Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“. Man ersetzt „Rasse“ einfach durch „Kultur“ oder „Ethnie“, hält aber letztlich an derselben rassistischen und menschenverachtenden Ideologie fest.

Wie gehen Sie mit Fällen um, die nicht eindeutig als rechtsextrem einzuordnen sind? Beispielsweise wenn ein Davidstern und ein Hakenkreuz nebeneinander auf eine Straße gesprüht werden? Bewerten Sie solche Fälle im Zweifel als rechtsextrem?

Maegerle: Das wäre Quatsch. Die Zahl antisemitischer Vorfälle ist seit dem barbarischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 explosionsartig angestiegen. Hier stecken oftmals islamistische Motive dahinter. Es ist sehr wichtig, das trennscharf zu unterscheiden. Andererseits ist es im Übergang von Rechtskonservatismus über Rechtspopulismus zu Rechtsextremismus zunehmend schwierig, klare Trennlinien zu ziehen. Klassisches Beispiel dafür war lange Zeit das 1979 von Hans Filbinger gegründete Studienzentrum Weikersheim. Hier war

immer die Frage, ob die Personen dahinter rechtskonservativ, -populistisch oder -extremistisch waren. Deshalb kümmern wir uns nicht ausschließlich um den Bereich Extremismus – definiert als aggressiv, kämpferisch und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet –, sondern auch um den vorpolitischen Raum, der sich manchmal nicht direkt extremistisch gebärdet. Die Grenzen sind fließend.

Frankenberger: Für uns fängt die extreme Rechte dort an, wo der demokratische Konservatismus aufhört. Darunter fällt auch radikal rechter Konservatismus und damit auch das Studienzentrum Weikersheim. Um etwas über die Attraktivität von rechtsextremen Ideologien auszusagen, müssen wir uns die Anknüpfungspunkte anschauen. Die liegen bei konservativen Begriffen wie Tradition oder Heimat und deren völkisch-nationaler Umdeutung, ebenso beim Umweltschutz oder bei christlichen Überzeugungen. Wir können vieles bei den Radikalisierungstendenzen in der AfD und in Teilen der CDU/CSU nur fassen, wenn wir die ideologischen Anknüpfungspunkte in die bürgerliche Gesellschaft hinein mit untersuchen. Die Schnittstelle, die verschiedene Extremismen teilen, ist der Antisemitismus. Deshalb werden wir auch eine Professur für Antisemitismusforschung besetzen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte im März 2023 anlässlich des Startschusses für die Tübinger Forschungsstelle, Ziel sei es auch, mit den gewonnenen Erkenntnissen „die Demokratie zu schützen und dadurch auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken“. Wie kann das durch Forschung gelingen?

Frankenberger: Durch Forschung alleine gelingt das nur bedingt. Wir können Mechanismen offenlegen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt zerstört wird oder wie es dazu kommt, dass sich exkludierende Ideologien verbreiten. Diese Erkenntnisse müssen wir

so formulieren, dass sie auch praxisrelevant sind. Es liegt dann bei unseren Kooperationspartnern wie der Dokumentationsstelle oder der Landeszentrale für politische Bildung, etwas daraus zu machen, was letztendlich die Demokratie stärkt. Wir sehen es als unsere Aufgabe, evidenzbasierte wissenschaftliche Grundlagen in den Prozess der Demokratiestärkung einzuspeisen.

Für die Dokumentationsstelle hat das Land unter anderem als Ziel formuliert, „die Entwicklungen des Rechtsextremismus zu erforschen und diese zur Prävention pädagogisch zu vermitteln, um auch der ‚Verrohung der Sprache‘ [...] entgegenzutreten“. Hochgesteckte Ziele – wie werden die umgesetzt?

Maegerle: Wir klären etwa an Schulen über rechts-extremes Gedankengut auf, aber dabei stoßen wir an unsere personellen Kapazitätsgrenzen. Ein anderes Beispiel ist eine Kooperation mit der Badischen Landesbühne, die von Anfang Februar bis Mitte Mai dieses Jahres quer durchs Land ein Stück mit dem Titel „Der Reichsbürger“ aufgeführt hat. Im Anschluss an die Aufführungen haben wir politisch-didaktisch über die Reichsbürger[→] und die rechtsextreme Szene aufgeklärt. Auf die Verrohung der Sprache etwa durch die AfD können wir nur hinweisen, aber entgegenwirken müssen dann Politik und Gesellschaft und, wenn es sich um Hass und Hetze handelt, auch die Strafverfolgungsbehörden.

08

DAVA: eine konservativ-nationalistische Lobbyorganisation?

Ende März 2024 wurde DAVA von der Bundeswahlleiterin zur Europawahl zugelassen. Die Wählervereinigung sieht sich als Vertreterin von Menschen mit Migrationsgeschichte und möchte anti-muslimischen Rassismus bekämpfen. Wer sind die Menschen, die hinter DAVA stehen? Und was wollen sie erreichen?

Erol Ünal

ist Projektkoordinator beim Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) und freier Journalist mit dem Themenschwerpunkt türkischer Ultrationalismus.

Heval Demirdöğen

ist Bildungsreferent und Redakteur in der Fachstelle mobirex.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sieht in DAVA eine Möglichkeit, Einfluss auf Europa zu nehmen, erklärte der Journalist Eren Güvercin von der muslimischen „Alhambra-Gesellschaft“ im Februar 2024 dem SWR. „Bei der Europawahl einen türkischen Akteur zu etablieren – mit dieser Idee beschäftigt sich die AKP schon seit einigen Jahren.“ (*Burck 2024*) Diesmal gelang das jedoch nicht. Bundesweit gaben nur 148.724 Menschen der neuen politischen Vereinigung „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“ ihre Stimme; in Baden-Württemberg waren es 20.319. Das entspricht lediglich 0,4 Prozent der Wahlberechtigten (*vgl. Bundeswahlleiterin 2024*); zu wenig, um einen Abgeordneten ins Europaparlament zu entsenden. Die Vereinigung konnte

kein eigenes politisches Profil entwickeln. Nun strebt DAVA den Parteienstatus an und plant, bei der nächsten Bundestagswahl auf den Wahlzetteln zu stehen.

Am 16. Januar 2024 verkündete DAVA ihre Gründung über Facebook. In ihrem ersten Beitrag stellte sie die drei Spitzenkandidaten zur Europawahl vor – alle türkischstämmig.

Sie sollen der islamistisch-nationalistischen → AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), der Partei des türkischen Präsidenten Erdoğan, nahe stehen. Nach der BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit) und der ADD (Allianz Deutscher Demokraten) ist DAVA die dritte Vereinigung aus dem türkischen konservativ-nationalistischen Lager. Diese Entwicklung wirft die Frage auf: Welche Rolle spielen türkisch-nationalistische Ideen für die DAVA?

Was bedeutet DAVA?

DAVA steht für „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“. Im Arabischen bedeutet „Da’wa“ allerdings auch „Mission“. Im Türkischen hat DAVA mehrere Bedeutungen: der Begriff kann als „der Prozess“ und „die Sache“ übersetzt werden. Im politischen Kontext benutzen sowohl Politiker*innen der nationalkonservativen AKP als auch bei der ultranationalistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), die mit der AKP die Regierung bildet, diesen Begriff häufig. Mit den Worten „kutlu dava“, die „heilige Mission“, umrahmen sie ihre politische Agenda, die nationalistische und islamistische Facetten enthält.

Dies zeigt, wie der türkische Nationalismus den Islam als jahrtausendealte Religion für seine Zwecke nutzt. Der Ultranationalismus betont die „Türkisch-Islamische Synthese“, wie der Leitspruch der rechtsextremen → „Grauen Wölfe“ zeigt: „Islam ist unsere Seele und Türkentum ist unser Leib“. Dieses Konzept, das in den 1970er Jahren in der Türkei entstand, unterstreicht die untrennbare Verbindung von Islam und Türkentum (*vgl. Bozay 2023*).

In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Republik 1923 verfolgte die Türkei eine nationalistische Richtung, die auf säkularen und westlich orientierten Ideen basierte, aber wenig Rückhalt in der Bevölkerung fand. Die Integration der „Türkisch-Islamischen Synthese“ in die Staatsideologie markierte einen Wendepunkt. Dadurch gewannen nationalistische Parteien und Bewegungen breitere Unterstützung, besonders unter konservativen und religiösen Bevölkerungsgruppen.

Die Farbe als Identitätsmerkmal

Der Schriftzug und das Logo der DAVA leuchten in Türkis, einer Farbe, die in der Türkei über die letzten Jahrzehnte zum politischen Symbol der Regierung Recep Tayyip Erdoğans wurde. Auf Anordnung des Staatspräsidenten änderten sich die Farben der Uniformen der Sicherheitsbeamten vor dem Parlament sowie der Palastwachen und -reiter von Rot zu Türkis (*vgl. 140journos 2017*). Auch die AKP-Lobbyorganisation UID (Union Internationaler Demokraten) in Deutschland verwendet die Farbe Türkis in ihrem Logo und als Farbschema in den Sozialen Medien. Die Regierung Erdoğan scheint Türkis gezielt zu nutzen, um die konservativ-nationalistische Identität zu stärken und die Bevölkerung zur Unterstützung der Regierung zu mobilisieren.



Der Vorsitzende der DAVA, M. Teyfik Özcan, bezeichnete 2021 den Genozid an den Armenier*innen als „Mythos“. Am 7. Juni 2024 sprach er bei einer Kundgebung seiner Partei in Berlin.

Foto: picture_alliance/ Anadolu/ Halil Sagirkaya

Die Spitzenkandidaten zur Europawahl

Erdoğan sagte vor einigen Jahren: „Ich rufe alle meine Landsleute in Deutschland auf: die Christdemokraten, die SPD, die Grünen sind alle Feinde der Türkei [...] Unterstützt die politischen Parteien, die keine Feinde der Türkei sind“ (*Süddeutsche Zeitung 2017*). Für Erdoğan-Wähler*innen in Deutschland könnte DAVA in Zukunft eine Alternative sein.

Nach der Gründung der politischen Vereinigung wurde in Deutschland die Kritik laut, DAVA sei eine weitere Lobbyorganisation der AKP. Beleg dafür sei die politische Herkunft der Spitzenkandidaten und des Vorsitzenden.

Der DAVA-Vorsitzende Teyfik Özcan war bis 2023 Autor für TRT Deutsch, ein Ableger des türkischen Staatssenders TRT (*vgl. TRT Deutsch o.D.*). TRT ist dafür bekannt, unerschütterlich die Positionen der AKP zu unterstützen und als Sprachrohr für Erdoğan zu dienen. Teyfik Özcan fiel vor einigen Jahren auch durch einen Facebook-Post auf, in dem er den Genozid an den Armenier*innen leugnete und von „ausländischen Politikern“ sprach, die die Türkei mit der Anerkennung des Genozids durch den Bundestag 2016 erniedrigen wollten. Sowohl die Leugnung des Völkermords als auch das Narrativ von den „äußeren Feinden“, die der Türkei schaden möchten, sind typische Merkmale für nationalistisches Gedankengut.

Fatih Zingal, ein Jurist, stand bei der Europawahl auf Listenplatz eins. Zingal war Vize-Vorsitzender und Sprecher der UID, einer Organisation, die Wahlkampfauftritte Erdoğan organisierte und Menschen mit Bussen zu den Wahllokalen brachte (*vgl. UID 2023*). Auf seinem Facebook-Profil gibt es Videos, in denen Zingal seine Unterstützung für Erdoğan demonstriert. Der Vorsitzende der UID war bis Januar 2024 der in Deutschland lebende Köksal Kuş, ein Mitglied der „Grauen Wölfe“ (*vgl. Deutscher Bundestag 2021*). Seit 2017 stuft das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz die Ziele und Aktivitäten der UID, vormals UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten), als nicht mit der freiheitlich-demokratischen Ordnung vereinbar ein. Daher wird die Organisation überwacht (*vgl. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2018, S. 287*).

Der türkische Nationalismus nutzt den Islam als jahrtausendealte Religion für seine Zwecke.

Der Hamburger Arzt Mustafa Yoldaş ist ein langjähriger Funktionär der IGMG (Islamische Gemeinschaft Millî Görüş). Die IGMG wird aufgrund ihrer antisemitischen[➤] und islamistischen Tendenzen vom Deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet (*vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023*). Des Weiteren war Yoldaş Vorsitzender der Organisation IHH (Internationale Humanitäre Hilfsorganisation), die wegen Verbindungen zur Terrororganisation Hamas 2010 verboten wurde (*vgl. DAVA 2024a*).

Ali Ihsan Ünlü, ebenfalls Arzt, war viele Jahre Funktionär der DITIB (vgl. Berger 2018). DITIB ist mit 900 Moscheen die größte islamische Dachorganisation in Deutschland. Sie untersteht der Religionsbehörde Diyanet in Ankara, die Imame entsendet und finanziert. Wegen ihrer engen Bindung an Erdoğan steht die DITIB seit geraumer Zeit in der Kritik.

Die UID, IGMG und DITIB agieren in Deutschland vielerorts als Lobbyorganisation der AKP-Regierung und kooperieren mit den „Grauen Wölfen“.

Nach der Gründung der politischen Vereinigung wurde in Deutschland die Kritik laut, DAVA sei eine weitere Lobbyorganisation der AKP.

Ein Bündnis all dieser Organisationen, das sich im vergangenen Jahr in Reutlingen zusammenschloss, verdeutlicht die enge Zusammenarbeit auch in Baden-Württemberg (vgl. Ünal 2023). Daraus zeigt sich die Wirksamkeit der „Türkisch-Islamischen Synthese“, die in großen Teilen der türkisch-muslimischen Community in Deutschland Resonanz findet.

Das Programm

Erdoğan's konservativ-nationalistischer Einfluss auf Teile der türkischstämmigen Community in

Deutschland erfolgt über mehrere Stränge. Dies spiegelt sich auch im DAVA-Programm wider. So positioniert sich DAVA gegen die „Gender-Ideologie“[→] und setzt sich ein für den „Schutz der Familie durch eine Politik, die traditionelle Werte und Strukturen in den Vordergrund stellt“ (vgl. DAVA 2024b, S. 4f.). Eine solche Positionierung schließt häufig Familienmodelle aus, die nicht dem heteronormativen[→] Ideal entsprechen. Sie werden als weniger wertvoll oder sogar als bedrohlich angesehen, was LSBTIAQ*-Personen[→] und ihre Familien marginalisiert und diskriminiert.

DAVA spricht Muslime, vor allem Türkischstämmige, an. Ein zentraler Punkt ihres Programms ist die Bekämpfung der Islamfeindlichkeit. Neben dem positiven Effekt, dem anti-muslimischen Rassismus[→] in Deutschland größere Aufmerksamkeit zu schenken, deuten die Verbindungen des Vorsitzenden sowie der Spitzenkandidaten allerdings darauf hin, dass DAVA ein streng konservatives Islamverständnis vermittelt möchte.

Schlussbetrachtung

Die Gründung von DAVA als neue politische Vereinigung mit türkisch-nationalistischer Ausrichtung wirft Fragen nach ihrer politischen Agenda auf, die traditionelle Werte betont und einen streng konservativen Islam vertritt. Ihre Verbindungen und ihre Positionen zur Familie und zum Islam könnten die Vielfalt in der türkischen Community in Deutschland beeinflussen und LSBTIAQ*-Personen marginalisieren. DAVA ist ein weiterer Akteur im konservativ-nationalistischen Lager und zeigt die Bedeutung dieser Positionen in Teilen der türkischen Community in Deutschland.

Literatur

140journos (2017): devletin yeni rengi: turkuaz. Webseite, 20.01.2017. Online verfügbar unter <https://140journos.com/devletin-yeni-rengi-turkuaz-18d377f88407>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Berger, Michael B. (2018): Stadthäger Ali Ihsan Ünlü ist neuer Ditib-Landeschef. Schaumburger Nachrichten online, 27.11.2018. Online verfügbar unter <https://www.sn-online.de/lokales/schaumburg/stadthagen/stadthaeger-ali-ihsan-uenlue-ist-neuer-ditib-landeschef-75GBJGCTTZWJMTSJ4RE3VQXGY.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Bozay, Kemal (2023): Dynamiken des türkischen Nationalismus. Bundeszentrale für politische Bildung online, 29.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/tuerkei-2023/541109/dynamiken-des-tuerkischen-nationalismus/>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2018-07-verfassungsschutzbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Verfassungsschutzbericht 2023. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt geprüft am 08.08.2024.

Burck, Katja (2024): Neue türkische Vereinigung: Wer steckt hinter „Dava“? SWR Aktuell Baden-Württemberg online, 01.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/radio/neue-tuerkische-vereinigung-wer-steckt-hinter-der-dava-100.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Bundeswahlleiterin (2024): Europawahl 2024. Baden-Württemberg. Wiesbaden. Online verfügbar unter <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-8.html>, zuletzt geprüft am 08.08.2024.

DAVA (2024a): Mustafa Yoldas – Kandidat für das Europäische Parlament. Online verfügbar unter https://dava-eu.org/mustafa_yoldas/, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

DAVA (2024b): Parteiprogramm 2024 zur Europawahl. Gemeinsam stark. Miteinander vereint! Webseite, o. D. Online verfügbar unter <https://dava-eu.org/parteiprogramm/>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Deutscher Bundestag (2021): Einfluss der Grauen Wölfe auf die türkische Regierungslobby Union Internationaler Demokraten. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, 10.03.2021. Online verfügbar unter <https://dsrserver.bundestag.de/btd/19/274/1927463.pdf>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Süddeutsche Zeitung (2017): Bundestagswahl. Erdoğan: „Türken in Deutschland sollen nicht für Christdemokraten, SPD oder Grüne stimmen“. Süddeutsche Zeitung online, 18.08.2017. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-erdogan-tuerken-in-deutschland-sollen-nicht-fuer-christdemokraten-spd-oder-gruene-stimmen-1.3632593>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

TRT Deutsch (o.D.): Autorenprofil von Mehmet Teyfik Özcan. Online verfügbar unter <https://www.trtdeutsch.com/author/mehmet-teyfik-ozcan>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

UID (2023): Pressemitteilung. Stellungnahme der UID zum ersten Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. 09.11.2023. Online verfügbar unter <https://u-id.org/wp-content/uploads/Pressemitteilung-Rassismus-Monitor.pdf>, zuletzt geprüft am 09.08.2024.

Ünal, Erol (2023): Fragwürdige Organisatoren. Erdbebenhilfe mit Hintergedanken. Stuttgarter Zeitung online, 21.04.2023. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/fragwuerdige-organisatoren-erdbebenhilfe-mit-hintergedanken.780ff5a6-4f46-4f5f-9f6d-97e7815a6aae.html>, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

BUCHREZENSION:

09

Mehr als gute Ratschläge – Perspektiven für die Weiterent- wicklung der Mobilen Beratung

Der Sammelband „Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven“ soll die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus besser in den sozialwissenschaftlichen Beratungsdiskurs einbetten. Die Beiträge bieten wichtige Konzepte, Ansätze und Herausforderungen und beleuchten verschiedene Perspektiven.

Arbnora Kastrati

ist Bildungsreferentin und Redakteurin
in der Fachstelle mobirex.

Wie ist es möglich, sich nachhaltig gegen die extreme Rechte[➔] und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit[➔] zu engagieren? Diese Frage steht im Zentrum der Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Mit ihren Anfängen in den 1990er-Jahren ist diese Disziplin sehr jung und weltweit einzigartig. Sie hat das Ziel, die Beratungnehmenden handlungs- und sprechsicher zu machen und ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie gegen Rechtsextremismus aktiv werden können. Engagierte Menschen werden so befähigt und gestärkt, demokratische Strukturen vor Ort mit Leben zu füllen.

Der Sammelband „Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung: Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven“, 2023 herausgegeben von Friedemann Bringt, Marion Mayer, Nora Warrach und Esther Lehnert, will die Einbettung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in den sozialwissenschaftlichen Beratungsdiskurs vorantreiben. In 16 Beiträgen stellen die Autor*innen wichtige Konzepte, Zugänge und Herausforderungen vor und zeigen Perspektiven für die weitere Professionalisierung des sich entwickelnden Berufsfeldes auf.

Nora Warrach und Friedemann Bringt sind Fachreferent*innen des „Bundesverbands Mobile Beratung“, die Erfahrungen in der Praxis haben und sich auch wissenschaftlich mit der Qualität und der Entwicklung des Berufsfeldes auseinandersetzen. Marion Mayer und Esther Lehnert sind Professorinnen für Soziale Arbeit. Beide arbeiten zu den Schwerpunkten Beratung und Rechtsextremismus und bieten damit ideale Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Entwicklungsperspektiven der Mobilen Beratung.

Befruchtung von Praxis und Wissenschaft

Der Band ist in vier Teile gegliedert und schlägt einen Bogen von Facetten eines professionellen Haltungsdiskurses, beispielsweise der Bedeutung der Selbstreflexion, über die unterschiedlichen sozialräumlichen Bedingungen für die Beratungsarbeit bis hin zu Perspektiven für die mittel- und langfristige Weiterentwicklung des Berufsfeldes.

Entstanden ist der Sammelband im Zusammenhang mit der Weiterbildung „Beratung und Netzwerkarbeit im Kontext extrem rechter Orientierungen und Demokratiegefährdung“ als gemeinsames



Friedemann Bringt; Marion Mayer; Nora Warrach; Esther Lehnert (Hgg.):

Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven. Beltz-Verlag. Weinheim/ Basel 2023. 240 Seiten. 36,00 Euro. Als kostenloses E-Book auf www.beltz.de erhältlich.

Abbildung: Beltz Verlag

Projekt des „Bundesverbands Mobile Beratung“ und der Alice Salomon Hochschule für Soziale Arbeit, Gesundheit und Erziehung in Berlin. Da das Monitoring ein wichtiger Bestandteil Mobiler Beratung ist und die Fachstelle mobirex aus der Mobilen Beratung hervorging, ist dieses Buch besonders interessant für die praktische Arbeit. Was braucht es, um nachhaltig gegen die extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit arbeiten zu können? Und wo liegen dabei die Grenzen und Herausforderungen?

Vorge stellt und analysiert wird beispielsweise die schwierige Planung einer Veranstaltungsreihe in Nordfriesland im Pandemiejahr 2020. Dort protestierten Landwirte mit extrem rechten Symbolen gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EU. Ins Leben gerufen wurde die Gesprächsreihe auf Wunsch der dortigen Zivilgesellschaft in Kooperation mit dem Flensburger Beratungsteam gegen Rechtsextremismus. Solche Einblicke in die praktische Arbeit bereichern die Beiträge. Die Kapitel sind mit wissenschaftlichen Erkenntnissen unterfüttert, beziehen Stellung oder weisen auf Forschungsbedarf hin.

Im Zuge der Professionalisierung der Mobilen Beratung spielt die Entwicklung eines Selbstverständnisses, das in der Haltung der Mobilen Berater*innen zum Ausdruck kommt, eine große Rolle. Heiko Klare, Fachreferent des „Bundesverbands Mobile Beratung“ für Grundsatz- und Beratungsthemen, beschreibt den Stand der Forschung. Er schildert, wie sich Haltung aus dem Ethikkodex der Mobilen Beratung speist, der die Menschenrechte in den Fokus stellt. Verwirklicht wird die Professionalisierung durch die Auseinandersetzung mit der eigenen Position und dem eigenen Verhältnis zu den Wertestandards der Mobilen Beratung. Sie dient den Mobilen Berater*innen auch als Richtschnur im Umgang mit verschiedenen Ansprüchen der Beratungsnehmenden, der Fördermittelgebenden und gesellschaftlichen Vorstellungen. Bei der Frage, weshalb in der Mobilen Beratung gerade die extreme Rechte bearbeitet wird, ist die menschenrechtsorientierte Haltung Mobiler Beratung ein wichtiger Anker für die Berater*innen, um sich nicht verunsichern zu lassen und der Verwässerung der professionellen Grundlagen entgegenzuwirken.

Perspektiven für die praktische Arbeit

Mobile Berater*innen sind Teil der Gesellschaft und werden von bestehenden Macht- und Ungleichheitsverhältnissen geprägt. In Beratungssituationen sind die Unterschiede, auf deren Basis Ungleichheit konstruiert wird, zum Beispiel Geschlecht, Alter oder Hautfarbe, immer präsent und haben einen oft unsichtbaren Einfluss auf das Gespräch, auf Deutungen und Handlungen. Deshalb spielt, wie Sarah Fey, Soziologin, Erziehungswissenschaftlerin und Koordinatorin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Südhessen, beschreibt, die Reflexion dieser unbewussten Anteile eine wichtige Rolle. Daneben braucht es ein Bewusstsein dafür, wie diese Faktoren in Beratungssituationen wirken.

Auch Praktiker*innen der Sozialen Arbeit und der Bildungsarbeit selbst erleben rassistische Diskriminierung, auch durch Kolleg*innen und Vorgesetzte. Birgit Jagusch, Professorin für Soziale Arbeit und Diversität, beschreibt folgendes Beispiel: Eine Praktikantin, eine Frau of Color, wird von ihrer Vorgesetzten aufgefordert, zu einem Hausbesuch mitzugehen, weil das gut ankomme. Als Nachsatz fügt die Vorgesetzte an: Das sei aber nicht rassistisch gemeint. Nach einer Entschuldigung ist der Fall für sie erledigt, die Praktikantin aber zieht sich zurück. Um solchen Situationen vorzubeugen, empfiehlt Jagusch die Entwicklung von Schutzkonzepten. Zugleich braucht es Maßnahmen, um die Beratung für marginalisierte Gruppen und deren Perspektiven zu öffnen. Der Beitrag von Nora Warrach gibt dazu Fragen an die Hand. Eine wichtige Rolle spielt dabei, sich der eigenen Privilegien und der eigenen Macht bewusst zu werden und sie zu nutzen, um Selbstermächtigungsprozesse von marginalisierten Grup-

pen zu unterstützen (siehe hierzu den Beitrag von Marion Mayer). Eine Weiterentwicklung in diesem Sinne ist anspruchsvoll und damit ein Prozess, der einen hohen Zeit- und Kostenaufwand bedeutet, auf verschiedene Widerstände stoßen kann und niemals abgeschlossen ist.

Wichtige Impulse

Zugeschnitten ist der Band vor allem auf Menschen in Beratungsprofessionen mit mittel- oder unmittelbarem Bezug zum Thema extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das ergibt sich durch das Anknüpfen vieler Beiträge an (beratungs-)wissenschaftliche Diskurse. Durch die Vorstrukturierung von Wegen und Ansätzen können wichtige Impulse für die Arbeit selbst und Weiterentwicklungsperspektiven mitgenommen werden.

10 | In eigener Sache



EINSICHT|EN 01/2021
In Pandemie-Zeiten



EINSICHT|EN 02/2022
Kontur, Kontext und Kontinuität: von Antiziganismus im Südwesten



EINSICHT|EN 03/2023
Extreme Rechte und Ungleichwertigkeitsideologien in der Postmigrationsgesellschaft



EIN BLICK AUF DIE REGION HEILBRONN
Zwischen extrem rechten Aktivitäten und Engagement für eine menschenrechtsorientierte Demokratie



INFOFLYER „DER III. WEG“



INFOFLYER ANTIFEMINISMUS

Diese und weitere Veröffentlichungen der Fachstelle mobirex finden Sie im Bereich Download unter: www.mobirex.de

11 | Glossar

Antifeminismus: Antifeminismus ist eine Ideologie, die sich gegen Gleichstellungsbestrebungen und Gleichstellungserfolge von Frauen und/oder der LSBTIAQ*-Community richtet. Antifeminismus ist eng mit anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit verknüpft und eine zentrale Denkweise und Ideologie der extremen Rechten und anderer demokratiefeindlicher Gruppen.

Antisemitismus: Antisemitismus bezeichnet nicht nur die (teils gewalttätige) Feindlichkeit gegen Jüd*innen, sondern auch eine bestimmte Wahrnehmung, die auf Ressentiments und Verschwörungsmymen basiert. So wird Jüd*innen unterstellt, eine besondere Macht zu besitzen und diese zum Nachteil anderer auszunutzen. Antisemitismus kann offen oder verdeckt, etwa in Form von israelbezogenem Antisemitismus oder Codes, auftreten. Antisemitische Denkmuster reichen bis in die Mitte der Gesellschaft.

Cis: Cisgender oder cisgeschlechtlich, kurz cis*, beschreibt die Übereinstimmung der geschlechtlichen Identität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht. Der Begriff be-

zieht sich ausschließlich auf die geschlechtliche, nicht auf die sexuelle Identität.

Extreme Rechte: siehe Rechtsextremismus.

Gender-Ideologie: Kampfbegriff aus dem antifeministischen Spektrum, der die Forschung zum sozialen Geschlecht (engl. „gender“, im Unterschied zum biologischen Geschlecht „sex“), staatliche Gleichstellungspolitik und feministische sowie queere Bemühungen um Gleichberechtigung als unwissenschaftlich darstellt und delegitimiert.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF): Der Begriff geht auf den Soziologen Wilhelm Heitmeyer (*1945) zurück. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer geschlechtlichen und/oder sexuellen Identität, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft einer Gruppe zugeordnet, abgewertet und ausgegrenzt. Zentral ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. GMF äußert sich zum

Beispiel als Rassismus, Antisemitismus, Trans- oder Obdachlosenfeindlichkeit. GMF hat Syndrom-Charakter, das heißt, die abwertenden Einstellungen treten oft gleichzeitig auf. GMF-Einstellungen finden sich nicht nur am politischen Rand, sondern reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

Homofeindlichkeit/Homophobie: Abwertung von schwulen, lesbischen oder bisexuellen Menschen.

Heteronormativität: Weltsicht, die Heterosexualität als soziale Norm annimmt. Sie basiert auf einer zweiseitigen Geschlechterordnung (Mann/Frau), in der Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und das zugewiesene und als biologisch gegeben verstandene Geschlecht gleichgesetzt werden.

Ideologien der Ungleichwertigkeit: Diese Ideologien widersprechen dem demokratischen Grundwert der Gleichwertigkeit aller Menschen, egal wo sie herkommen, welchen ethnischen, kulturellen, religiösen, sexuellen oder sozialen Hintergrund sie haben. Wenn bestimmte Gruppen von Menschen („Sie“) als der eigenen Gruppe („Wir“) unterlegen oder minderwertig angesehen, diskriminiert und ausgegrenzt werden, spricht man von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diese kann sich auch in Hasskriminalität äußern.

Islamismus: In Abgrenzung zur Religion Islam bezeichnet der Begriff Islamismus eine religiös verbrämte Form der Demokratiefeindlichkeit. Diese richtet sich in Deutschland gegen das Grundgesetz, die

freiheitlich demokratische Grundordnung und die universellen Menschenrechte. Islamist*innen streben danach, die Gesellschaft von als nicht-islamisch betrachteten Einflüssen zu befreien und die Bürger*innen unter die Herrschaft religiöser Regelungen zu zwingen. Zum Teil wird versucht, diese Bestrebungen auch mit Gewalt umzusetzen.

Klassismus: Klassismus bezeichnet Vorurteile oder die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder der sozialen Position. Er richtet sich zum Beispiel gegen Erwerbslose, Wohnungslose oder Menschen aus einkommensschwachen Haushalten. Klassismus ist ein Ausdruck materiell begründeter Hierarchie und Macht sowie von gesellschaftlichen Privilegien.

LSBTIAQ*: Kurzbegriff für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche, asexuelle und queere Menschen. Diese Abkürzung wird ständig erweitert, um unterschiedliche Identitäten sichtbar zu machen.

Nationalismus: Nationalismus ist eine Ideologie, die die eigene ethnische Gemeinschaft und Nation und deren Merkmale, beispielsweise Kultur, Sprache und Geschichte, überhöht und andere Nationen (zum Teil in aggressiver Weise) herabstufte. Diese Ideologie betrachtet andere Nationen oder ethnische Gemeinschaften als minderwertig.

Neonazismus: Neonazismus ist eine Strömung der extremen Rechten. Seine Anhänger*innen beziehen sich offen oder verdeckt auf den historischen Nationalsozialis-

mus (NS, 1920-1945), vertreten diese Einstellung aber – anders als ‚Altnazis‘ – erst nach der Niederschlagung der NS-Diktatur 1945. Neonazismus äußert sich zum Beispiel in SS- oder Hakenkreuzschmierereien, in der Verherrlichung der NS-Diktatur in Liedtexten oder ideologisch begründeter Gewalt.

Postmigrationsgesellschaft: Länder, in die viele Menschen aus anderen Ländern ziehen, bezeichnet man als Einwanderungsländer. Einwanderungsländer, in denen dieser Zuzug von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit als Fakt anerkannt wird, werden durch die Migration geprägt und verändern sich. Es entstehen neue Identitäten, die sowohl die neue Heimat als auch das Herkunftsland (der Vorfahren) einbeziehen. In der Gesellschaft werden Fragen von Zugehörigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe neu ausgehandelt. Weil diese Veränderungsprozesse nach („post“) der Migration geschehen, spricht man von einer Postmigrationsgesellschaft.

QAnon: Die QAnon-Verschwörungserzählung behauptet, dass eine Schattenregierung („Deep State“) die Welt regiere. Diese als böse und „satanisch“ dargestellte Elite entführe Kinder, um ihnen ein Stoffwechselprodukt für eine Verjüngungskur abzuzapfen. Diese Verschwörungserzählung knüpft an die alte antisemitische Ritualmordlegende an.

Queer: Sammelbegriff und Eigenbezeichnung für Menschen, deren geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung nicht der heterosexuellen oder zweigeschlechtlichen, binären oder cis-geschlechtlichen Norm entspricht. Der Begriff wird auch als Adjektiv verwendet.

Rassismus: Rassismus basiert auf der pseudowissenschaftlichen Überzeugung, dass es menschliche „Rassen“ gebe, die klar voneinander abgegrenzt sind. Menschen werden anhand vermeintlicher oder tatsächlicher Merkmale wie Hautfarbe, Kultur, Herkunft oder Religion als minderwertige Gruppen konstruiert. Im rassistischen Weltbild wird die Vermischung mit anderen Gruppen abgelehnt. Rassismus äußert sich beispielsweise in der Alltagssprache, in Form von Ungleichbehandlung oder Gewalt aufgrund der (zugeschriebenen) Herkunft.

Rechtsextremismus: Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für politische Einstellungen. Ein verbindendes Element des Rechtsextremismus sind Ideologien der Ungleichwertigkeit. Im Rechtsextremismus wird der Wert eines Individuums über dessen Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation bestimmt. Die eigene Nation oder Kultur werden dabei als grundsätzlich höherwertig und überlegen angesehen. Rechtsextremismus lehnt die Demokratie

ab und geht von einem „Recht des Stärkeren aus“. Extrem rechtes Gedankengut beinhaltet mindestens die Akzeptanz von Gewalt und kann sich in Gewalthandlungen äußern. Alternativ wird aus einer kritischen Haltung zum sicherheitsbehördlichen Extremismus-Begriff auch von der extremen Rechten gesprochen.

Reichsbürger*innen: Sogenannte Reichsbürger*innen bestreiten die Souveränität und die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland. Sie lehnen die Gültigkeit des Grundgesetzes ab und stellen an seine Stelle eine alte Verfassung des Deutschen Reichs oder rufen eigene „Staaten“ mit selbst entworfenen Verfassungen aus.

Sexismus: Der Begriff beschreibt Benachteiligung, Abwertung oder Unterdrückung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Sexismus drückt sich in stereotypen Rollenbildern aus und weist Menschen aufgrund der Zuordnung zu einem Geschlecht bestimmte Eigenschaften oder Fähigkeiten (nicht) zu.

Ülkücü-Bewegung: Eine extrem rechte Bewegung, die ihren Ursprung in der Türkei hat. Ihr Weltbild ist geprägt von der nationalistischen Vorstellung eines großtürkischen Reichs „Turan“. Diese Bewegung ist geprägt von Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, insbesondere gegen Kurd*in-

nen und Armenier*innen. Die Anhänger*innen der Ülkücü-Bewegung werden auch „Graue Wölfe“ genannt. Bekannte Symbole der Bewegung sind der Wolfsgruß und drei Halbmonde.

Verschwörungsideologie: Verschwörungsideologien (auch Verschwörungsmysmen oder Verschwörungstheorien) basieren auf dem Glauben an eine geheime Verschwörung einer kleinen, aber als mächtig wahrgenommenen Gruppe zum Schaden der Bevölkerung. Verschwörungserzählungen gehen häufig mit Antisemitismus einher.

Völkische: Eine vergleichsweise kleine und heterogene Strömung der extremen Rechten, die auf einer rassistischen und antisemitischen Weltansicht basiert. Diese Ideologie sieht im Volk eine generationenübergreifende, ethnisch einheitliche Abstammungsgemeinschaft und verbindet dies mit quasi-religiösen und mythischen Vorstellungen. Der Ursprung der völkischen Bewegung liegt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Kontaktadressen im Demokratiezentrum BW

Demokratiezentrum Baden-Württemberg Landeskoordinierungsstelle

Träger: Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Integration Baden-Württemberg

Info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

Fachstelle ExtremismUSDistanzierung

Beratungs- und Qualifizierungsangebote zum Thema
Radikalisierung für (sozial-) pädagogische Fachkräfte
Träger: Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/
Streetwork Baden-Württemberg e.V.

0800 – 2016 112
info@fexbw.de
www.fexbw.de

Meldestelle REspect! Gegen Hetze im Netz

Meldestelle für Hasskommentare im Netz mit Prüfung auf
strafrechtliche Relevanz und auf die Möglichkeit der
Löschung durch Provider von Internetplattformen
Träger: Jugendstiftung Baden-Württemberg

meldung@meldestelle-respect.de
www.meldestelle-respect.de

Meldestelle Antisemitismus

Meldestelle für antisemitische Angriffe, Bedrohungen und
Beleidigungen
Träger: Jugendstiftung Baden-Württemberg

info@jugendstiftung.de
www.meldestelle-antisemitismus.de

mobirex – Monitoring | Bildung | Information

Fach- und Informationsstelle zum Themenfeld extreme
Rechte, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und
Antifeminismus in Baden-Württemberg
Träger: Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und
Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO)

0711 – 89 69 15-23
mobirex@lago-bw.de
www.mobirex.de

Leuchtlinie – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Hilfs- und Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und
Zeug*innen in Baden-Württemberg
Träger: Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.

0711 – 888 999 33
kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“

Vermittlung von Beratung bei extrem rechten und
demokratiefeindlichen Vorkommnissen sowie Qualifizie-
rungs- und Informationsangebote
Träger: Jugendstiftung Baden-Württemberg

07042 – 83 17-30
beratung@kompetentvorort.de
www.demokratievorort.de

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

mobirex
MONITORING | BILDUNG | INFORMATION

E-Mail: mobirex@lago-bw.de
www.mobirex.de